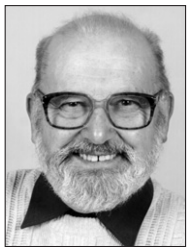


Geschichte einer Kapitulation

Anmerkungen zum Vorschlag des Bundesrates, die Lex Koller aufzuheben



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Der Ausverkauf begann in den 50er-Jahren!

In zunehmend hemmungsloserer Art wurden nach dem Krieg Boden und Liegenschaften an «Personen mit Wohnsitz im Ausland» verschachert. In zahlreichen parlamentarischen Vorstössen wurde diese Entwicklung damals angeprangert. Und – man höre und staune – es waren vor allem bürgerliche Repräsentanten wie etwa U. Dietschi oder C. Scherrer, welche – unterstützt durch zahlreiche

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

Mitunterzeichner – das Thema auf eidgenössischer Ebene zur Diskussion stellen.

Diese parlamentarischen Vorstösse führten 1960 zur sogenannten **Lex von Moos**, mit deren Hilfe der Masslosigkeit ein Riegel hätte geschoben werden sollen. Aus der bundesrätlichen Botschaft zu dieser Lex hier ein kurzes Zitat:

«In der Schweiz ist der Boden besonders knapp... Auf diesem von Natur engen und angespann-

ten Bodenmarkt kann schon eine geringe und erst recht eine massive ausländische Nachfrage, oft buchstäblich «um jeden Preis», den Bodenpreis gefährlich in die Höhe treiben. Der höhere Bodenpreis wirkt sich als Teuerungsfaktor für die ganze Volkswirtschaft aus. Jede Bodenpreissteigerung leistet der Bodenspekulation und diese wiederum einer weiteren Preissteigerung Vorschub...»

Bald zeigte sich, dass das Gesetz wenig Wirkung entfaltete. Die Verkäufe nahmen stetig zu; im Schnitt wurden nur wenige Prozent der Gesuche abgelehnt; dafür wurden immer zahlreichere Umgehungs-geschäfte bekannt. Zwei Mal wurde die «Lex von Moos» vermeintlich verschärft – und immer neue Verkaufsrekorde stellten sich ein. Neue parlamentarische Vorstösse von seiten der SP, NA und EVP liessen erkennen, wieso sich BR Furgler – er hatte inzwischen das EJPD übernommen – weigerte, ein griffigeres Gesetz zu schaffen. Nach aussen tönte es zwar gut. So erklärte er am 13. Dezember 1972 vor dem Nationalrat:

«Den Bundesrat erfüllt die Tatsache mit Sorge, dass die kantonalen und eidgenössischen Bewilligungs- und Rekursinstanzen (1971) 4849 Gesuche bewilligten und nur 183 (4%) der Fälle ablehnten.

Es ist einfach für einen Kleinstaat nicht möglich, Auffangbecken zu werden für alle ... / ... es ist ein Unterschied, ob man zu einem lieben Freund auf Besuch geht oder sich bei ihm gleichsam einnistet für den Rest des Lebens.

Sie würden sehr rasch erleben, dass die besten Freunde eine etwas merkwürdige Gesichtsfarbe bekommen, wenn ihnen solche Überlegungen plötzlich einfielen. Ähnlich verhält es sich mit dem Gastland Schweiz.»

Ausverkauf der Heimat



Die Aufhebung der Lex Koller (Beschränkung des Liegenschaftserwerbs durch Ausländer) eröffnet der Verbetonierung unserer letzten Landreserven Tür und Tor. Dagegen wehren wir uns nötigenfalls mit dem Referendum.

Am 9. Dezember 1971 hatte NR W. Jaeger mit 11 Mitunterzeichnern ein Postulat eingereicht mit der Forderung nach einem Dringlichen Bundesbeschluss:

«... durch welchen die Verkäufe von Grundstücken und Eigentumswohnungen an Personen im Ausland befristet, d.h. bis zur Inkraftsetzung eines wirksamen Gesetzes, längstens aber für ein Jahr grundsätzlich verboten werden.»

Der Bundesrat lehnte dieses Postulat postwendend ab.

Bundesrat Furgler lässt die Katze aus dem Sack!

Die Begründung für die Ablehnung dieser – wahrhaft moderaten – Forderung lässt tief blicken. Wir lesen dort: «In ökonomischer Hinsicht stellen die Grundstückverkäufe für die bisherigen Landbesitzer, insbesondere für solche in wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten, eine willkommene Einkommensverbesserung dar und vermögen solcher Art mitzuhelfen, die Wirtschaftsstruktur einer Region zu verbessern. Der Verkauf von Eigentumswohnungen dürfte ferner den betreffenden Gebieten eine kaufkraftstarke Konsumentenschaft zuführen.»

Dabei verschwieg Herr Furgler, – dass die grossen Profiteure dieser Verkäufe in aller Regel Spekulanten waren und dass einzig die Bauwirtschaft und die Notare kurzfristige Gewinne erzielten; – dass die ungedeckten Infrastrukturkosten durch das meist schlecht genutzte Wohneigentum an den einheimischen Steuerzahlern hängen blieben und bleiben; – dass eine sinnlose Energieverschwendung unausweichlich ist, da die leeren Wohnungen

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Die Schweiz – ein urbaner Siedlungsraum
- 4 Junge Stimme
- 6 Verantwortung ist nicht teilbar
- 7 Ein unbequemer Querdenker
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Wahlen Kanton Zürich
- 12 Der Leser hat das Wort

Geschichte einer Kapitulation

Fortsetzung von Seite 1

und Villen in der kalten Jahreszeit durchgeheizt werden müssen;
– dass die wilde Überbauerei die touristisch entscheidenden Landschaftsschönheiten vernichtet;
– dass die Hotellerie mit ihren ganzjährigen Arbeitsplätzen massiv konkurrenziert wird, ohne dass wesentlich neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ausserdem – durch den Verkauf des Tafelsilbers wird bekanntlich keine Einkommensverbesserung erzielt, höchstens eine Notsituation überbrückt!

Dafür aber brachte Furgler bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal das Totschlag-Argument der Diskriminierung von Ausländern, also die Xenophobie ins Spiel!

Und die Katze im Sack wollen wir an dieser Stelle klar benennen: Nur die Interessen der Parteifreunde in den bekannten Gebieten GR, TI, VS und VD usw. sind wichtig; Wirtschaft über alles! Wachstum ist wichtig! Die Interessen der kleinen Leute sind vernachlässigbar! Das Umweltproblem ist irrelevant!

Das Intermezzo der «Lex Celio»!

In jenen Jahren litt die Schweiz unter einer massiven Inflation. Riesiges Fremdkapital drängte auf unseren Finanzmarkt, sodass auch die Finanzhaie kalte Füsse bekamen. Und siehe da – plötzlich – am 26. Juni 1972 – konnte der Bundesrat mit einem Dringlichen Bundesbeschluss alle «Rechtsgeschäfte zum Erwerb von Grundstücken in der Schweiz durch Personen im Ausland» auf eine begrenzte Dauer verbieten. Keine Rede mehr von Diskriminierung von Ausländern. Aber hier ging es ja nicht mehr um den Schutz des eigenen Bodens, sondern um die Währung! Immerhin – für einen Moment war der Ausverkauf unterbrochen. Aber sehr bald hub ein Wehgeschrei aus den Kreisen der Notare, Advokaten, Treuhänder, Liegenschaftsmakler (und Spekulanten) und sehr rasch wurden Ausnahmen bewilligt. Wie die Statistik zeigt, war der Erfolg trotzdem eindrucklich. Leider – ein Dringlichkeitsbeschluss hat in der Regel eine nur kurze Lebensdauer – wurde er zu Gunsten der neu geschaffenen «Lex Furgler» schon ein Jahr später wieder aufgehoben.

Die «Lex Furgler», ein Papiertiger!

Die Botschaft des Bundesrates liess Hoffnungen aufkommen. So lesen wir dort zum Beispiel: «Die Knappheit des unvermehrten Bodens



Fällt die Beschränkung des Liegenschaftserwerbs durch Ausländer (Lex Koller), ist das Halali auf den Schweizer Boden eröffnet.

bei sich vermehrender Bevölkerung ist eine für die Schweiz unbestreitbare Tatsache; das Wort vom Volk ohne Raum wäre für die Schweiz wohl am Platze, wäre es nicht historisch belastet.

– Es empfiehlt sich, flankierend zu der Raumplanung, den Erwerb von Boden – auch und nicht zuletzt für Erholungszwecke und in Form von Wohneigentum durch Personen im Ausland – zu beschränken; der Boden soll in erster Linie den Landeskindern und jenen Ausländern reserviert bleiben, die auf ihm arbeiten oder sonst mit ihm als Einwohner dauernd verbunden sind!»

Doch schon bei der Beratung des neuen Gesetzes wurde klar, dass unter Furglers Ägide kein wirksames Instrument gegen die Verschleuderung des einheimischen Bodens geschaffen würde. Zu zahlreiche Ausnahmen wurden vorgesehen und zu viele Schlupflöcher wurden eingebaut.

Und der Ausverkauf ging denn auch trotz der schönen – oben zitierten – Ausführungen des Bundesrates fröhlich weiter.

Die Lex Friedrich von 1983

wurde unter den Titel gestellt: «Gesetz zur Verhinderung der Überfremdung des einheimischen Bodens». Eine Zielformulierung, die schlicht falsch, resp. einseitig war. Die Knappheit des Bodens schien plötzlich keine Rolle mehr zu spielen.

Die Revision war unvermeidlich geworden, weil die Zahl der Bewilligungen von 1593 (im Jahre 1973 – Folge der Lex Celio) auf jährlich bis 5900 Bewilligungen zu Beginn der achtziger Jahre gestiegen war. Vor allem aber musste ein Kampfinstrument gegen die Initiative der Nationalen Aktion, die 1979 mit

108 000 Unterschriften eingereicht worden war, geschmiedet werden. In einer Nationalfonds-Studie eines Forscherteams der Universität Genf wurde klar festgehalten, dass die geplante Schaffung der Lex Friedrich der Initiative der Nationalen Aktion den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Es ging also keineswegs um eine bessere Bekämpfung des Ausverkaufs der Heimat!

Eine Tageszeitung titelte: «Die ganze Lexerei – eine Geschichte von Fehlschlägen!»

Das ist begreiflich, da Furgler seinerzeit – wie oben angetönt – widersprüchliche Ziele unter einen Hut bringen wollte. Es ging um die Beschwichtigung der Gegner des «Ausverkaufs der Heimat», andererseits (angeblich) um die Förderung der Berggebiete (lies: seiner Parteifreunde) und schliesslich um die internationale Öffnung der Schweiz. Dem letzten Punkt wäre ein besonderes Kapitel zu widmen, da «Landesvater» Furgler gleichzeitig Mitglied des internationalistischen Bilderberger-Clubs war. Nun war also Bundesrat Friedrich an der Reihe, um einen weiteren Blindgänger zu schaffen, der sich zur Täuschung des Volkes eignen sollte.

Wer sich über die Vorgänge in den 20 Jahren Lex von Moos/Lex Furgler informieren möchte, möge sich die Beobachter-Serie «Sand in die Augen des Volkes» beschaffen und diese sorgfältig studieren.

Der Kampf gegen die Initiative der Nationalen Aktion – ein Lehrstück politischer Hinterhältigkeit!

Die Initiative kam am 20. Mai 1984 zur Abstimmung. Sie wurde getragen von einem breit abgestützten Patronatskomitee unter Führung der Nationalen Aktion und stiess in

der Bevölkerung auf grosse Sympathie. In einem Artikel der NZZ führte der Schreibende aus:

«Die Initiative ist einfach und klar. Man weiss, was man erwarten kann. Sachliche Argumente dagegen, die einer genauen Prüfung standhalten, gibt es nicht.

Sie ist eine angemessene Antwort auf 24 Jahre gesetzgeberischen Versagens und schlimmer Fehlentwicklungen.»

10 Tage vor der Abstimmung titelte «Die Weltwoche»: «Herr Oehen darf den Merlot aus dem Keller holen.»

Eine Umfrage hatte eine eklatante Unterlegenheit der ablehnenden Stimmen von 14% bei 47% zustimmenden Wählern ergeben. Allerdings war die Zahl der Unentschiedenen mit 28% noch sehr hoch. Der Kommentar: «Man muss die Abstimmungschance der NA-Ausverkaufs-Initiative als exzellent bezeichnen; und an eine überraschende Trendwende ist nicht zu glauben.» prophezeite Felix Müller in derselben Zeitung.

Aber das gegnerische Komitee hatte offenbar noch genug Geld, um nochmals eine breit angelegte Kampagne zu lancieren. Mit Titeln wie

«Noch mehr Ausverkauf der Heimat?» am 20. Mai

«Ausverkauf der Heimat»
Nein

oder
«Nein zum Ausverkauf der Heimat» am 20. Mai

«Ausverkauf der Heimat»
Nein

oder
«Wie lange soll der Ausverkauf der Heimat noch weitergehen?»

Nein zum
«Ausverkauf der Heimat»

wurde das Faktum ausgenützt, dass zur Initiative «Ausverkauf der Heimat» JA stimmen musste, wer diesen Ausverkauf wirksam bremsen wollte.

Der Coup gelang. Offensichtlich stimmten hunderttausende von Stimmbürgern mit Nein in der Meinung, damit die Initiative «Gegen den Ausverkauf der Heimat» zu unterstützen.

Bei einer Stimmbeteiligung von 41,9% stimmten

48,9% für Annahme der Initiative 51,1% lehnten sie ab.

Besonders deutlich lehnten Kantone mit starken CVP-Parteien ab. Hier kumulierten sich die Stimmen der echten und vermeintlichen Profiteure des Ausverkaufs mit den getäuschten Mitbürgern in dramatischer Weise. Die «Bauernfängerei» mit dem täuschenden

Slogan hatte ganz eindeutig den Willen des Volkes ausgehebelt! Angenommen hatten die Kantone ZH, BE, SO, BS, BL, SH, AR, SG, AG und TG.

Damit war der Weg für die Lex Friedrich offen!

Es ist eine Schönfärberei, was im Bericht mit Vorentwurf betreffend Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland berichtet wird.

Es ist nicht wahr, resp. eine Täuschung der Bürgerschaft, wenn behauptet wird, die Lex Friedrich sei nur geschaffen worden, um die Überfremdung des einheimischen Bodens zu verhindern. Wir haben das Thema oben dargestellt.

Schritt um Schritt wurden alle Massnahmen abgeschwächt, die dem Schutz der Interessen der einheimischen Bevölkerung gedient hätten. Immer wieder haben sich die Wirtschaftskreise durchgesetzt, sodass z.B. seit 1997 (Lex Koller) der Erwerb von Grundstücken als reine Kapitalanlagen durch Ausländer möglich ist.

unterliegen, sehr verkleinert hat, seitdem die in der Schweiz wohnenden Staatsangehörigen der EG- und EFTA-Staaten jegliche Art von Grundstücken frei erwerben können.

Die Politik hat vor den Interessen der Wirtschaft kapituliert!

In den Vernehmlassungsunterlagen stehen folgende ominöse Aussagen:

«Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Schweiz in einer globalisierten Welt die Sonderbehandlung von Ausländern im Bereich des Grundstückserwerbs immer weniger leisten kann. Der Wirtschaftsstandort Schweiz hat ein vitales Interesse daran, für international tätige Unternehmen an Attraktivität zu gewinnen. Mit der Gesetzaufhebung kann ein weiterer Beitrag zur Liberalisierung der schweizerischen Wirtschaftsordnung geleistet werden, und die Schweiz kann sich auf diese Weise als dynamischer, offener und zukunftssträchtiger Wirtschaftsstandort positionieren.»



Die verfehlte Wachstums- und Zuwanderungspolitik führte zu einer regen Bautätigkeit und somit zum Verlust von Kulturlandreserven – und Lebensqualität.

Mit dem Freizügigkeitsabkommen von 1999 sind die Staatsangehörigen der EG-Staaten, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, und die Grenzgänger auch von der Bewilligungspflicht befreit.

Weitere Lockerungen beschloss das Parlament 2002 und erneut 2004.

Heute sind wir tatsächlich an einem Punkt angelangt, wo festzustellen ist, dass

- **der Anwendungsbereich der Lex Koller stark eingeschränkt worden ist;**
- **sich der Kreis der Personen, die noch der Bewilligungspflicht**

Gleichzeitig wird angekündigt, der Bestand an Zweitwohnungen werde weiter zunehmen. Die damit verbundenen Probleme vermögen unsere Regierung nicht zum Handeln zu veranlassen, da – einmal mehr – wirtschaftliche Interessen bestimmter Kreise wichtiger sind als das Wohl der Gesamtbevölkerung und der Schutz der Umwelt. Erst wenn 30 bis 50 % des gesamten Wohnungsbestandes in einer Region Zweitwohnung seien, müssten spezielle Regelungen geprüft werden.

Da kann man wirklich nur sagen: **Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode!**

Die Schweiz – ein urbaner Siedlungsraum

oder «Ist die Gross-Stadt Schweiz bereits Realität?»

Nichts wäre falscher, als die Architekten Herzog/de-Meuron vom ETH – Studio Basel zu verteufeln, weil sie die ganze Schweiz in ihrer Studie als urbanen (=städtischen) Siedlungsraum bezeichnen und entsprechende Betrachtungen anstellen.

Sie haben nichts anderes getan, als die Folgen der Wachstumspolitik der letzten 50 Jahre (Bevölkerung, Wirtschaft, Überbauungen, Verkehrsanlagen etc.) zu beurteilen und die Entwicklung in die Zukunft zu extrapolieren. Sie haben sich Gedanken gemacht, wie trotzdem ein erträgliches Umfeld geschaffen werden könnte.

Eigentlich machen sie auf ihrem Gebiet dasselbe, was Prof. Knechtaure zu Beginn der 70er Jahre machte, als er für die Schweiz eine Einwohnerzahl von 10 Mio. Menschen bis zum Jahr 2000 voraussagte, für den Fall, dass die Einwanderungs- und Wachstumspolitik der 60er Jahre (mit Nettozuwanderungen bis zu 110 000 Menschen pro Jahr) weitergeführt würde. .

Dass es dann doch nicht soweit kam, ist im Wesentlichen den Anstrengungen der Nationalen Aktion zu verdanken.

Wenn heute keine politisch wirksamen Anstrengungen unternommen werden, um die Bevölkerungszunahme zu stoppen, die Verbauerei des Landes zu verunmöglichen, wird die Vision der Herren Herzog/de Meuron im besten Falle Wirklichkeit werden. Im schlechteren Falle werden wir in einem Aggloblei mit sinnlosen Pendler-Strömen und krebstartig wuchernden Siedlungen dahingerieten.

Die Erlebnis-Einkaufszentren auf der «Grünen Wiese» wird es nicht mehr geben, weil die «Grünen Wiesen» fehlen werden und stattdessen der Asphalt-Beton-Dschungel das Autofahrerherz (dank reichlichen Parkplätzen!) erfreuen wird. (Und der Holcim-Zement-Konzern wird immer neue Rekordgewinne dem staunenden Publikum präsentieren!)

Berggebiete als «ewige Patienten»

zu bezeichnen, ist für die dort lebende Bevölkerung ebenso beleidigend, wie die chronische Geringerschätzung der Lebensmittelproduktion für die ganze Land-

wirtschaft. Klar, dass von den mit der Natur arbeitenden Menschen in absoluten und noch mehr in relativen Zahlen sinkende Beiträge an das Bruttoinlandprodukt ausgewiesen werden, wenn die Preise für ihre Produkte dauernd gedrückt werden. Die Politik der Preisdrückerei für die lebensnotwendigen Güter im Interesse der Güter des Wahlbedarfs und des Luxuskonsums wird eines Tages auch für die Industriestaaten bittere Folgen haben. Schon vor über 10 Jahren schrieb ein Kritiker der heutigen Preispolitik:

«Offenbar lohnt es sich nicht mehr, in Europa Nahrungsmittel zu produzieren! Ist das nicht Wahnsinn? Der Grund: Die Menschen wollen nicht einmal für das Lebenswichtigste den Preis zahlen, der die Kosten deckt, weil sie ihr Geld lieber für Unwichtiges ausgeben. Die deutsche Durchschnittsfamilie gab 1960 noch 45% ihres Einkommens für die Ernährung aus, 1970 waren es 35%, 1982 schliesslich 27% und 1990 noch 24%.

Das ist sogar schon ein Problem für die Entwicklungsländer geworden; denn auch dort erhalten die Bauern keinen angemessenen Preis, der sie veranlassen könnte, ihren Anbau zu erhöhen. Und die Vereinigten Staaten unterbieten die Preise, weil sie mit ökologisch schändlichen Methoden produzieren und überdies ihre Preise noch subventionieren. Und durch die völlige Freigabe des Handels (GATT – heute WTO) wollen sie die Europäer zwingen, ihre eigene Landwirtschaft dem Ruin auszuliefern.»

Übrigens, die Schweizer Durchschnittsfamilie gibt 2005 noch ca. 8% ihres Einkommens für die Ernährung aus!

An der FAO-Tagung in Rom vom vergangenen Oktober wurde bekanntgegeben, dass derzeit 852 Millionen Menschen in aller Welt Hunger leiden, mehr als je zuvor. Allein in diesem Jahr sind nach Angaben des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) bereits über sechs Millionen Menschen verhungert, täglich sterben weitere 25 000, weil sie nicht genug zu essen haben.

Die Schweiz – ein urbaner Siedlungsraum

Fortsetzung von Seite 3

Gewiss, solange es Überschussgebiete gibt, ist es lediglich eine Frage des Geldes, ob ein Volk genügend Nahrungsmittel bekommt oder nicht. Aber was, wenn z.B. die weltweiten Transporte mangels Treibstoff oder wegen Unruhen und Kriegen (siehe z.Zt. Frankreich und gewisse afrikanische und asiatische Staaten) nicht mehr sichergestellt werden können?

Und die Lebensqualität...

Die Stadt ist kinderfeindlich! – so weiss man seit jeher. Und tatsächlich – die Kinderfreundlichkeit und die Geburtenfreudigkeit ist in der wachsenden, urbanen Schweiz massiv eingebrochen. Die heutigen Geburtenzahlen (1,4 pro Frau) lassen den Schwund der ursprünglichen Bevölkerung in rasantem Tempo als unausweichlich erscheinen. Das heisst aber keineswegs, dass der Wachstumsmotor – Bevölkerungszunahme – der urbanisierten Schweiz ins Stottern kommen wird. Die Einwanderung von heute von netto über 50 000 Menschen aus der ganzen Welt wird sich dank der Personenfreizügigkeit aus dem europäischen Osten solange erhöhen, bis die Lebensbedingungen hier ebenso schlecht sein werden wie heute in Serbien, Bosnien, dem Kosovo, Rumänien, der Türkei usw.

Der Charakter der Wohnbevölkerung wird sich massiv ändern und wie weit eine echte Integration möglich sein wird, ist eine offene Frage. Ähnlich wie für die Krawalle in Frankreich baut sich bei uns schon jetzt und gewiss noch mehr in Zukunft ein Konfliktpotential auf, das uns noch viele Sorgen bereiten wird.

Die Mutter junger Erwachsener bekannte mir in diesen Tagen spontan, sie empfehle ihren Kindern, selbst keine Kinder mehr in die Welt zu setzen. Auf die Vorhaltung, dass damit dem Untergang des eigenen Volkes Vorschub geleistet werde, meinte sie: «Ja, das stimmt – aber in unserer Gesellschaft hat es keinen Platz mehr für Kinder.»

Zum Zeitpunkt dieses Aufsatzes werden die Gemeindewahlen von Köniz vorbereitet. Wie der Tagespresse (9.11.05) zu entnehmen ist, brüstet sich der amtierende Gemeindepräsident mit fünf Wachstumzonen im ohnehin schon im Verkehr erstickenden stadtnahen Gemeindeteil:

– Wohnungen für 1000 Personen und ein asiatisches Einkaufszentrum bei den Vidmar-Hallen (Gemeindegrenze);

- Eine «wunderschöne» Wohnungsüberbauung im Zentrum von Köniz auf dem letzten offenen Land zwischen Schlossareal/Friedhof und Stapfenstrasse;
- Einen «städtebaulichen Wurf» sieht der wachstumssüchtige Herr Mentha im früheren Bauerndorf Schliern, das ohnehin schon zu einer Zivilisationswüste verkommen ist;
- Für 2300 Personen sei eine Überbauung im Ried – hinter dem Könizbergwald – geplant; usw. usf.

Die Verdichtung der Besiedelung ist heute das Schlagwort, damit noch mehr Menschen mit ihren Ansprüchen in den gleich bleibenden Raum hineingepresst werden können. Ein Wachstumsstopp scheint ausserhalb der Vorstellungswelt der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen zu sein.

Ein Rückblick

In den politischen Auseinandersetzungen der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts kämpfte die Nationale Aktion gegen die Wachstumspolitik und war entsprechend verhasst.

Aus dieser Zeit stammt ein Gedicht von Fritz Schäubele sel., das hier als Abschluss zitiert sei.

Götzengebet

Erhabener Moloch, erhöhr unser Flehn,
lasse den Fortschritt nicht stille stehn,
gib Häuser und Strassen von Genf
bis nach Chur,
dazu noch ein bisschen Infrastruktur!

Du siehst uns, Erhab'ner, zum Opfer bereit.

Wir opfern dir täglich seit längerer Zeit
das Kostbarste, was unserm Volke gehört:

Den Boden, die Erde, die uns ernährt.

Wir opfern an Siedlungs- und Strassenrand

Dir täglich fast vierzig Jucharten Land,
ein grosses, ein stattliches Bauerngut!
Es gibt keinen Zweiten, der so etwas tut!

Erhabener Moloch, nimm's gnädig an.
Und wenn du's genommen –
erkläre uns dann,
wovon wir auf betongepflasterten
Schollen
im Fall eines Falles noch leben sollen!

Hans Spitz, Köniz

Fehlende Motivation unter Jugendlichen

Seit Jahren wird das Volk mit negativen Szenarien konfrontiert. Der Schweiz geht es immer schlechter; die Politik hat versagt. Unter uns Jugendlichen macht sich Resignation breit, weil unsere Generation mit Problemen überhäuft wird; uns fehlen Perspektiven für die Zukunft.

Kaum einer unter uns kann sagen, dass seine Altersvorsorge gesichert ist. Was geschieht mit uns, wenn wir alt sind? Werden wir Renten erhalten bzw. selbst genug Geld vorrätig haben? Ist unsere Altersvorsorge garantiert? Finde ich eine Lehrstelle? Bekomme ich einen angemessenen Job?

Solche Fragen zermürben Jugendliche. Sie schlagen sich täglich mit solch schwierigen, fast unlösbaren Problemen herum. Jegliche Zukunftsperspektiven fehlen uns. So kommt manch einer auf die Idee aufzugeben. Resignation ist die häufigste Reaktion von jungen hilflosen Menschen. So ist es nicht verwunderlich, dass kaum noch Jugendliche den Weg an die Urnen finden. Die häufigen Aufmärsche von rechts- wie linksextremen Gruppierungen sind die heftigste Folge der Misspolitik, wie

sie in unserem Land betrieben wird. Extreme Gruppen gewinnen ihre Anhänger nämlich dann, wenn es den Leuten schlecht geht, indem die Anführer vorgeben, sich um jeden Einzelnen zu kümmern, und dass in der Gruppe versucht wird, die gemeinsamen Probleme zu lösen. Dies geschieht leider zu oft mit Gewalt.

Wir jungen Leute müssen die alten und vor allem reichen Politiker, denen es ihr ganzes Leben lang gut gegangen ist, dafür sensibilisieren, dass wir die Zukunft des Landes sind und dass dementsprechend unsere Bedürfnisse diskutiert werden müssen und nicht die Interessen einer bald sterbenden Minderheit.

SD 

Schweizer Demokraten

Herzlichen Dank an FM für die grosszügige Spende.

Hannes Steffen und Rudolf Keller

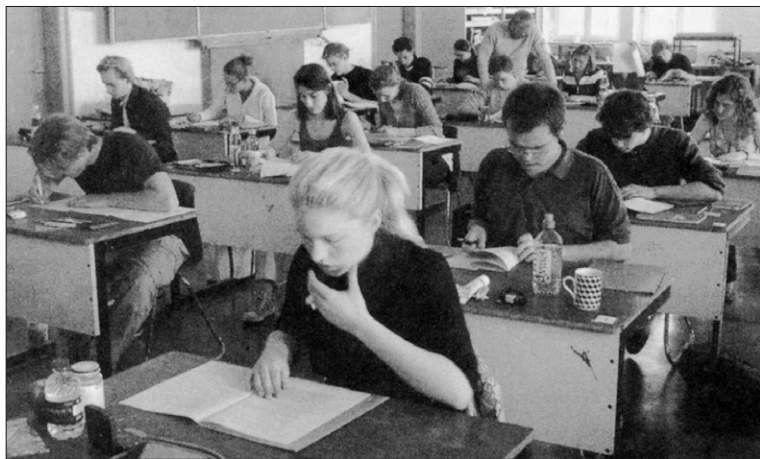
Linke Propaganda an unseren Schulen

Unsere Lehrer manipulieren unsere Jugend bei jeder Gelegenheit.

«Es gibt doch tatsächlich noch immer Leute, welche der Meinung sind, 20% unserer Bevölkerung sollten nicht über ihr Leben mitbestimmen können!». Solche und ähnliche Sprüche bekomme ich pausenlos von meinen Lehrern zu hören. Auch an anderen Schulen läuft es nicht anders. Schüler, die ein politisches Thema in ihrem Aufsatz nach dem Geschmack ih-

res Paukers kommentieren, haben zum vornherein eine bessere Note. Die Tendenz geht sogar so weit, dass Lehrer ihren volljährigen Schülern vorschreiben wollen, wie sie abzustimmen haben.

Die freie Meinungsbildung darf unter keinen Umständen beeinträchtigt werden. Stattdessen sollte an den Schulen mehr über aktuelle Politik gesprochen werden, dies aber auf jeden Fall gegensätzlich.



Linke Gehirnwäsche gehört leider in unseren Schulstuben zur Tagesordnung.

Papier-Polizisten und lachende Schurken

In manchen Kantonen steht nur ein Polizist auf 2000(!) Einwohner zur Verfügung und dessen Ausrüstung lässt noch zu wünschen übrig. Die logische Folge: Viele unaufgeklärte Delikte.

Wo ist dein Freund und Helfer, wenn man ihn mal braucht? Diese Frage muss man sich stellen, nachdem man den Polizeinotruf 117 gewählt und einen tätlichen Angriff gemeldet hat. Sage und schreibe 130(!) Minuten vergehen, bis eine Patrouille am Tatort eintrifft. In dieser Zeit ist sogar der dümmste Täter über alle Berge.

Der freundliche uniformierte Mann fragt nach, ob man Anzeige erstatten möchte, auch wenn es ihm zugegebenermassen eine Menge Arbeit einbringen würde und die Chance, die Täter zur Rechenschaft ziehen zu können, minimal ist. Entscheidet man sich für eine Anzeige, wird man auf den Posten gebeten und mit unendlich vielen Fragen gelöchert.

Lächerliche Fragen wie die folgenden sind offenbar von gleicher Bedeutung wie eine Täterbeschreibung: «Hat der Angreifer mit der rechten oder der linken Hand zu-

geschlagen? Waren es vier oder fünf Fusstritte? Hat man dich ins Schienbein oder in den Oberschenkel getreten?». Die Antworten müssen eine um die andere im «System Adler» in den veralteten PC eingetippt werden, da der Regierung ein Tastaturschreibe-Kurs wohl zu teuer ist.

Die paar eingesparten Franken werden wieder verschleudert, wenn es darum geht, dass ein Bürger ein Duplikat seiner Identitätskarte beantragen muss. Eine in Deutschland ausgestellte Diebstahlbescheinigung wird auf der Gemeindekanzlei nicht akzeptiert, also wendet man sich wieder an den netten Polizisten, welcher sich ein weiteres Mal die Finger wund schreiben darf. Er muss die Angaben seiner deutschen Kollegen in ein Schweizer Protokoll eintippen, bevor sich der wartende Bürger wieder bei der Kanzlei melden kann.

Die übertriebene Bürokratie und der Sparwahn der regierenden Parteien treibt uns allmählich in den Ruin. Hört auf, beim Staat zu sparen, und erschwert unseren Beamten die Arbeit nicht unnötig!

Länderspiele ohne Hymnen?

Nach den Zwischenfällen in der WM-Barrage zwischen der Schweiz und der Türkei erwägt FIFA-Präsident Joseph Blatter, vor Länderspielen keine Nationalhymnen mehr abspielen zu lassen.

«Das war eine derartige Respektlosigkeit und eine Verletzung des nationalen Stolzes. Ich frage mich, ob es überhaupt noch Sinn macht, Nationalhymnen abzuspielen», liess sich der Walliser in der «Schweizer Illustrierten» vernehmen.

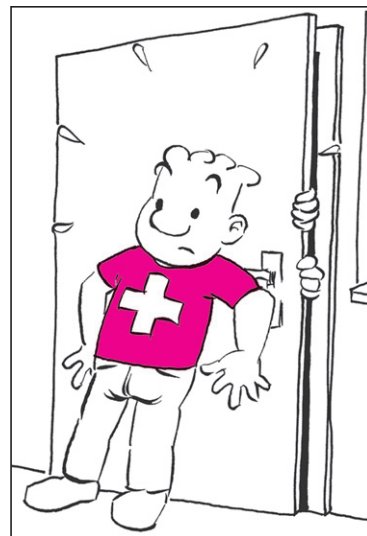
Nationalhymnen gehören seit eh und je auch zum Sport. Nicht nur

die Begeisterung für den bevorstehenden Wettkampf oder die errungenen Siege wird dadurch lebendiger gestaltet. Die Hymne eines jeden Landes ist geprägt von nationalem Stolz; sie ist sogar eines seiner Symbole. Eine Abschaffung des Abspielens der Hymnen wäre folglich die ärgste Verletzung nationalen Stolzes.

Jeder einzelne von uns sollte aber den Respekt vor den Hymnen anderer Länder wahren und diese nicht auspfeifen, wie dies z.B. an vielen Fussballspielen vorkommt. Seid stolz auf euer Land, aber lasst auch den andern ihren Stolz!

Sein Name ist «Walter»

SD/He. Zahlreiche SD-Freunde haben an der Namensgebung unseres kleinen Buben mitgewirkt. Neben ganz gängigen Schweizer Namen wie Eugen, Fritzli, der kleine Hansli, Jakob, Maxli oder Willi fand man auch Namen wie SD-Seppu, Demokratli (je nach Dialekt mit a, ä und ö am Schluss geschrieben) oder das «SD-Sünneli», die sich klar auf die Parteizugehörigkeit bezogen. Gut durchdacht war auch die Namensgebung Innozenz, was «der Unschuldige» bedeutet. Eine Parteifreundin aus dem Kanton Schwyz schickte uns eine ganze Liste mit Namen und deren Bedeutung. So lernten wir, dass Alois der «Weise» bedeutet, Randolf der «mutige Schildkrieger» und Robert der «Ruhmesglänzende». Originell fanden wir auch Namen wie «Traugott Straussvögeli» oder «Knecht Albertli». Klar am meisten genannt und durchgesetzt hat sich jedoch der Name Walter; in Anlehnung an die einstige Samstagmittagsendung von Radio Beromünster «Chumm Bueb und lueg



dis Ländli aa» mit dem Tellensohn Walterli als Fragesteller an seinen Vater Wilhelm Tell. Unser Hauptpreis «Der Bürgersturm» geht an Hans Speck in Opfikon. Sacha Weidmann, Wallbach, und Paul Hostettler, Schalunen, erhalten das Buch des Arbeitskreises Gelebte Geschichte «Wir ziehen Bilanz».

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten



SD-Zentralsekretariat

Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

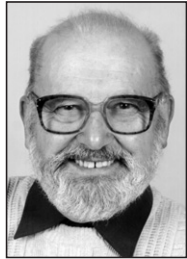
Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Michael Strebel, Stein
(Junge Stimme)

Die monatliche Kolumne von e. Nationalrat Valentin J. Oehen

Verantwortung ist nicht teilbar!



e. Nationalrat
Valentin J.
Oehen, Köniz

Diese Tatsache wurde wieder einmal grell beleuchtet, als bekannt wurde, dass alt Bundesrat Adolf Ogi kurz vor Weihnachten auf einer gesperrten Piste Ski fuhr. Damit gab er ein miserables Vorbild für alle anderen Skifahrer. Tragisch, dass vor seinen Augen eine 58-jährige Frau, die wie er die gesperrte Piste befuhr, tödlich verunglückte. Das mag ihm sehr leid tun, hilft aber nicht darüber hinweg, dass er als bekannte Persönlichkeit durch sein negatives Verhalten eine Mitschuld auf sich lädt, wenn sich die Pistenverantwortlichen nicht durchsetzen können. Wenn zurzeit unsere Armee ihren Verfassungsauftrag – das Land gegen aussen zu verteidigen – nicht mehr erfüllen kann,

- weil eine Armee reform die nächste jagt;
- weil die Armee überhastet und konzeptionslos zahlenmässig zusammengestaucht wurde;
- weil die Armeeangehörigen zutiefst verunsichert sind,

so kann sich die SVP nicht dadurch aus der Verantwortung stehlen,

Anzeige

Das Testament Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die
SCHWEIZER
DEMOKRATEN
in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

dass sie jetzt ein neues Armeepapier präsentiert. Es war **ihr Bundesrat Ogi**, der mit dem Beifall der Linken und Grünen die unselige Entwicklung in Gang brachte,

- der neutralitätsverletzende Einsätze im Ausland durchboxte;
- der klammheimlich eine NATO-kompatible Organisation und Ausrüstung der Armee realisierte;
- der mit süffigen Schlagworten wie «Sicherheit durch Kooperation» oder «wir gehen zu den Krisenherden, damit die Krisen nicht zu uns kommen», das Schweizervolk hinter Licht führte.

Wenn es der SVP gelingen sollte, jetzt die Notbremse zu ziehen, ist dies kein spezielles Verdienst. Es entspricht lediglich ihrer Verantwortung für die Misere.

Immer unverblümt wird in der Öffentlichkeit festgestellt, dass die USA und Grossbritannien (Bush/Blair) über nackte Lügen ihre Völker in Angriffskriege (insbesondere in Afghanistan und im Irak) geführt haben. Es ist heute offensichtlich, dass die amerikanische Regierung schwer wiegend gegen die Nürnberger Definition von Kriegsverbrechen verstösst. Dr. Paul Craig Roberts, ein prominenter amerikanischer Konservativer, ehemaliger Mitherausgeber des Wall Street Journal und stellvertretender Schatzminister unter Präsident Reagan, fordert in aller Öffentlichkeit, dass die neokonservativen Exponenten der amerikanischen Regierung als Kriegsverbrecher verurteilt und dem Tribunal in Den Haag übergeben werden müssen.

– «**Es ist eine Bande von Verbrechern**», so Roberts.

Tatsächlich werden die verbürgten Berichte über schreckliche Verbrechen amerikanischer Truppen und von ihnen ausgerüsteter und angeleiteter Banden (Todesschwadronen) im Irak immer zahlreicher.

Gemäss Michel Chossudovsky, dem Verfasser des internationalen Bestsellers «Krieg gegen den Terrorismus» ist dieser Krieg «eine vollständige Erfindung, die auf dem Trugbild basiert, dass ein Mann, Osama bin Laden, den amerikanischen Geheimdienstapparat, der über ein Jahresbudget von 40 Milliarden Dollar verfügt, übertölpelte. Der Krieg gegen den Terrorismus ist ein Eroberungskrieg. Die Globalisierung ist der letzte Marsch zu einer neuen Weltordnung, die durch Wall Street, den militärisch-industriellen Komplex der USA und

durch die texanischen Ölgiganten beherrscht sein wird. Der 11. September 2001 lieferte eine Rechtfertigung für eine Kriegsführung ohne Grenzen. Washingtons Agenda besteht in der Ausweitung der Grenzen des amerikanischen Imperiums, um der vollständigen Kontrolle durch die amerikanischen multinationalen Konzerne den Weg zu ebnet, während innerhalb von Amerika die Institutionen des «Homeland Security»-Staates installiert werden.»



In den Kriegen wollte man angeblich immer Hitler, Saddam Hussein, Milosevic oder Osama Bin Laden treffen, traf jedoch immer die unschuldige Zivilbevölkerung.

Chossudovsky weiter: «Die Welt befindet sich an einem wichtigen historischen Scheideweg. Die USA haben sich in ein militärisches Abenteuer eingelassen, das die Zukunft der Menschheit bedroht. Unmissverständlich hat die Bush-Administration zu verstehen gegeben, dass der Iran das nächste Ziel des «Kriegs gegen den Terrorismus» sei. – Eine militärische Aktion gegen den Iran würde eine direkte Teilnahme Israels bedeuten, was voraussichtlich einen grösseren Krieg im ganzen Nahen Osten auslösen würde. Die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt steht auf dem Spiel.»

Und genau in diesem Moment nimmt das VBS mit Bundesrat Schmid wohlwollend eine Anfrage der NATO entgegen, Schweizer Soldaten zur Verstärkung der Besatzungstruppen nach Afghanistan zu schicken.

Das Kdo Fsch AufKLS +K83 machte bereits eine Umfrage bei den aktiven Soldaten, unter welchen Bedingungen sie bereit wären, im Ausland im Rahmen eines Bataillons von rund 500 Personen eingesetzt zu werden.

Damit wird die Schweiz Teil der imperialistischen Streitkräfte der

USA, und der Neutralitäts-Status der Schweiz ist endgültig dahin. **Man kann eben nicht nach Lust und Laune ein bisschen neutral sein!**

Die Basis der Freiheit und Unabhängigkeit eines jeden Volkes ist die Selbstversorgungsmöglichkeit mit Lebensmitteln. Im Zweiten Weltkrieg konnte die Schweiz dem Druck der Achsenmächte widerstehen, weil mit Hilfe des «Plan Wahlen» eine minimale Selbstversorgung sichergestellt werden konnte. Im Wachstumswahn der vergangenen Jahrzehnte wurden hunderte von Quadratkilometern besten Ackerlandes zubetoniert. Heute sind nicht einmal mehr die 400 000 ha Fruchtfolgefläche vorhanden, die seinerzeit als minimale Produktionsbasis errechnet wurden. Und weiterhin werden jährlich 40 qkm – vorwiegend besten Ackerlandes – hemmungslos überbaut.

Heute wollen nicht einmal mehr jene Institutionen die Landwirtschaft schützen, die für diese Aufgabe bezahlt werden. (Beispiel: Eidgenössische Forschungsanstalt Tänikon). Der zuständige Bundesrat Joseph Deiss fährt in der Welt herum, um unsere Ernährungssicherheit auf dem Altar der WTO und eines Freihandelsvertrages mit den USA zu opfern.

Wer die Globalisierungswelle unterstützt, kämpft für die Interessen der Konzerne, der Hochfinanz und des amerikanischen Imperialismus. Der indische Schriftsteller Amitar Ghosh schreibt zu diesem Thema:

«**Die Verbindung aus Kapitalismus und Imperialismus bedeutet ein Programm des permanenten Krieges. Dieses Programm wird durch jene Neokonservative verfolgt, die das neue amerikanische Jahrhundert erdacht haben.**»

Die Kampfmittel seien: Ernährungskontrolle, genetische Manipulation der Ernährungsgrundlage, Konzentration der Ressourcen (Erdöl, Gas, Rohstoffe) in den Händen weniger, neokoloniale Ausbeutung, Verbreitung von Drogen und Psychopharmaka, Zerstörung von Sitte und Moral, Einsatz von Massenvernichtungsmitteln gegen die Zivilbevölkerung, Anwendung der Folter, Verunsicherung der Völker, usw. usw.

Wenn der Bundesrat in diesem Umfeld an der weiteren Dezimierung der Landwirtschaft, dem Abbau des Selbstversorgungsgrades im Interesse des Grosshandels und der Konzerne festhält, muss er die volle, ungeteilte Verantwortung für die voraussehbaren existenziellen Schwierigkeiten unseres Volkes übernehmen.

Nachlese zu den Ereignissen in Frankreich

Ein unbequemer Querdenker

Bekanntlich waren nach Ansicht der Massenmedien, des Gros der Psychologen, Soziologen und intellektuellen Meinungsmacher die Brandschatzer und Randalierer in den Vorstädten von Paris und anderen französischen Ballungszentren lediglich Opfer von Diskriminierungen, Ausgrenzungen und materieller Not, aber keineswegs Übeltäter, geschweige denn verantwortlich für die angerichteten Millionenschäden. Verantwortlich dafür seien die mangelnden Integrationsbestrebungen seitens der Regierung sowie die Kraftandrücke aus dem Munde des Innenministers Nicolas Sarkozy, welcher die Krawallanten zutreffend als «Racaille» (Gesindel, Geschmeiss) bezeichnete und beteuerte, die Cites würden mit dem «Kärcher», der Dampfreinigungsmaschine, vom Dreck befreit.



Alain Finkielkraut

Eine der wenigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, welche nicht in diese politisch korrekten Jeremiaden einstimmt und sich quer stellen, ist der Philosoph Alain Finkielkraut, worüber die welsche Tageszeitung «Le Temps» vom 2.12.2005 unter dem Titel «Finkielkraut embrasse la France» (Finkielkraut steckt Frankreich in Brand) berichtete. Worin bestand das Verbrechen des «Brandstifters»? Am 18. November 2005 veröffentlichte die israelische Tageszeitung «Haaretz», das Blatt der progressiven Elite des jüdischen Staates, das eine Woche vorher in Paris geführte Interview mit Finkielkraut, in welchem dieser zu den Ausschreitungen unter anderem erklärte: «Das Problem besteht darin, dass die Mehrheit dieser Jugendlichen Schwarze oder Araber sind und sich mit dem Islam identifizieren. In Frankreich gibt es allerdings andere Zuwanderer in schwieriger Lage: chinesische, vietnamesische und portugiesische und diese nehmen an den Tumulten nicht teil. Demnach ist es klar, dass es sich um eine Revolte ethnisch-religiöser Natur handelt.» Am 23.11.2005 veröffentlichte die Tageszeitung «Le Monde» eine Zusammenfassung dieses Interviews.

Als Quittung für diese zutreffende Aussage reichten am 29.11.2005 fünf Vereinigungen Klage gegen Finkielkraut ein. Die bekannteste Klägerin, die islamistische Oum-

ma, meint, dass ein weiterer Schritt in Richtung Niedertracht getan worden sei. Alain Finkielkraut habe, entgegen seiner Gewohnheit, nicht Ausreden Zuflucht gesucht, um seine Verachtung der Araber, Schwarzen und Muslimen zu tarnen. Tariq Ramadan (Jg. 1962, ein Eidgenosse und Genfer Bürger, islamistischer Scharfmacher und Enkel von Hassan Al-Banna, dem Gründer der Muslimbruderschaft in Ägypten, Red.) sprach beunruhigt vom Auftauchen eines «neuen Rassismus». Den Aktivisten des MRAP (Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples – Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft) gemäss sei dies das erste Mal seit den Dreissigerjahren, dass ein Intellektueller seine verbale rassistische Gewalttätigkeit so weit getrieben habe. Diese Litanei ist längst bekannt. Wer einige unbequeme Wahrheiten sagt, wird von den Gralshütern der politischen Korrektheit sogleich als übler Rassist gebrandmarkt.

Am 25.11.2005 entschuldigte sich Finkielkraut am Sender «Europe 1» für seine falsch verstandenen Worte und erklärte, seine eigenen Äusserungen, so wie sie in Frankreich verbreitet wurden, nicht wieder erkannt zu haben. Darauf zog die MRAP ihre Klage wegen Anstiftung und Provokation zum Rassenhass zurück.

Wie «Hebdo National» Nr. 1115 vom 1. bis 7.12.2005 berichtete, schlug der Querdenker bereits am 26.11.2005 wieder zu, indem er im «Le Monde» unter anderem schrieb: «Ich glaube, dass es keinen Zusammenhang von Ursache und Wirkung zwischen dem tatsächlichen sozialen Elend in den betroffenen Quartieren einerseits und der Brandstiftung an den Schulen andererseits gibt.

Weshalb diese Erbitterung gegenüber den republikanischen Symbolen? Wir müssen eingestehen, dass es in Frankreich eine gewisse Anzahl Leute gibt, die dieses Land verabscheuen. Man dachte, die Antwort an den Rassismus wäre eine multirassistische Gesellschaft. Aber eine multirassistische Gesellschaft kann auch eine **multirassistische** Gesellschaft sein.»

Damit hat Finkielkraut den Nagel auf den Kopf getroffen. Die kürzlichen Ereignisse in Birmingham und anderen englischen Städten, wo sich afrikanische und asiatische Banden einen ethnischen Kleinkrieg lieferten und eifersüchtig ih-

re Territorien verteidigten, bestätigten die Richtigkeit dieser These. Alain Finkielkraut hat den Einweltlern und der politisch korrekten Schickleria eine schallende Ohrfeige verpasst. Diese ist umso schmerzhafter, als dass dieser 1949 in Paris geborene streitbare

Philosoph nicht einfach als Rechts-extremist oder Neonazi an den Pranger gestellt werden kann, denn Finkielkraut war ursprünglich ein Linksaktivist maoistischer Tendenz. Zudem ist er der Sohn jüdischer Eltern aus Polen.

Max P. Morf

Echo auf SD 12/2005 «Frankreich in Flammen»

Kampf der Kulturen

Der Krieg der Kulturen (nach dem Buch von Samuel Huntington benannt, unseren Politikern und Studenten wärmstens empfohlen) tritt neuerdings in mehreren europäischen Ländern offen zu Tage. Die Medien bei uns blenden zensurartig einen religiösen Hintergrund, die Drahtzieher und Steuermechanismen dieser Unruhen aus. In Frankreich, wie auch schon bei uns, hat es Politiker wie Le Pen gegeben, welche schon vor dieser problematischen Einwanderungspolitik gewarnt haben.

Die am Ausklang des islamischen Fastenmonats randalierenden und sogar mordenden Maghrebiner (jetzt wohl eingebürgerte Franzosen) aus den «Banlieus» hinterlassen bei mir weniger einen frustrierten, als eher einen hochmütigen Eindruck. Es werden die «Normalbürger» sein, welche zu den Milliardenbeschädigten, den freizeithilichen Einschränkungen durch mehr Überwachung à Orwell die Folgen der Erpressungen auszubaden haben. Die Integration der Einwanderer habe versagt. Studien aus England belegen, dass die Nachkommen kulturfremder Einwanderer schlechter integriert sind als ihre Eltern. Dies dürfte auch anderswo zutreffen. Was nicht zusammengehört, kann sich nicht zusammenfinden und grenzt sich dogmatisch selber aus; Übergriffe und Konfrontationen sind vorprogrammiert. Multikultieinwanderung auf Kosten der Einheimischen, ohne ein Quäntchen Interesse und Bereitschaft, Moral, Werte des Gastlandes, deren Menschen und die Gesetze zu respektieren, wird in jedem Fall, mit oder ohne grosse finanzielle Zuschüsse und tausende Pädagogen, in weiter verschärft rivalisierenden Parallelgesellschaften und somit in der Sackgasse enden.

Die islamischen Minderheiten beginnen die Staaten von unten aufzurollen. Sie streben nach demografischer und politischer Macht. Unterstützung haben sie von gewissen EU-Kommissären und bei uns aus den linken Parteien. Unseren Politikern und Wirtschaftsführern, die von mehr Wachstum dank Zuwanderung predigen, dürf-



te schon längst endgültig klar sein, dass mit dieser Ideologie die Stabilität, die Demokratie, der innere Friede und die vielbesungene Nachhaltigkeit unseres Landes geopfert wird. Wachstum herrscht vor allem bei der Kriminalität, dem Vandalismus und der Verschuldung der IV-Versicherung. Die «grosszügige» und wohlkalkuliert forcierte Einbürgerungspraxis der Linken (die Einheimischen werden dabei möglichst an die Wand gespielt und entmündigt) sichert nebenbei praktischerweise Stammwähler von morgen und sorgt gleichzeitig für noch mehr Einwanderung. Ein Teufelskreis, der unser längst schon übervölkertes Land noch mehr verstädert und verslumpt. Die Globalisierung und Personenfreizügigkeit werden auch bei uns noch viele Arbeitsplätze vernichten, und alte Werte, welche einst unseren guten Ruf bescherten, werden systematisch über Bord geworfen. Noch sprudeln im Umverteilungsmodus viele Gelder reichlich (auch in den Terrorismus) und deshalb war es bei uns noch relativ ruhig. Die Schuldenwirtschaft lässt grüssen und die nächste Generation, vor allem die (noch) arbeitenden und Vorsorge-Sparer werden zur Kasse gebeten. Man stellt sich kritische Fragen zur Zukunft der Schweiz. Ich lese diese Woche über den Prozess einer vor wenigen Jahren unerklärlichen Amokfahrt eines Algeriers in Lausanne mit mehreren Toten. Eine historische Kirche wurde zu jener Zeit in der Romandie in Brand gesteckt und mit arabischen Schimpfdrohungen verziert. Ich lese in der gleichen Woche von drei geköpften jungen Frauen (natürlich Christinnen) in Indonesien, dem grössten islamisch geprägten Land. Religiöse Unruhen in allen Ecken dieser Erde.

Christian Helfer, Basel



Kanton Aargau



Daniel Bircher in den Sulzer Gemeinderat gewählt!








Die Sensation ist perfekt! Daniel Bircher (41) ist in Sulz mit dem zweitbesten Resultat in den Gemeinderat gewählt worden. Nachdem sich Daniel Bircher aus Rheinsulz als erster Kandidat für den zweiten Wahlgang gemeldet hatte, liessen sich noch drei weitere

Kandidaten für die verbleibenden drei Sitze nominieren. Der Wahlkampf verlief lange Zeit sehr ruhig. Anfang Dezember störte allerdings ein Leserbriefschreiber aus Sulz den geordneten Abstimmungskampf mit einem provokativen und zugleich haltlosen Leserbrief mit dem Titel «Warum Daniel Bircher für mich nicht wählbar ist» (NFZ S. 6 vom 9. Dezember). Dabei führte der Schreiberling aus, dass Daniel Bircher nicht wählbar sei, weil er Mitglied der Schweizer Demokraten sei. Im Wesentlichen wurden die Schweizer Demokraten als Partei angegriffen. Die Parteiführung der SD Fricktal re-tournierte darauf eine sachliche Stellungnahme, in der sie die Vorwürfe gegen die SD entkräftete.



Nun hat das Sulzer Stimmvolk gesprochen. Mit 321 Stimmen wurde das Gründungs- und Vorstandsmitglied bravourös in den Sulzer Gemeinderat gewählt. Die Sulzerinnen und Sulzer haben damit bewiesen, dass sie den wilden und stupiden Vorwürfen der politischen Gegnerschaft keinen Glauben schenken und hinter Daniel Bircher stehen. Dies ist dem Sulzer Volk hoch anzurechnen. Daher gebührt den Sulzerinnen und Sulzern grosser Dank! Wir von den Schweizer Demokraten, Sektion Fricktal, gratulieren dem frisch gebackenen Gemeinderat. Wir wünschen ihm ein gutes Wahlfest, frohe Festtage, einen guten Rutsch ins 2006 und viel Kraft und Elan für die anspruchsvolle Aufgabe im Gemeinderat.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Hauptversammlung am 11. März 2006, 10.15 Uhr im Restaurant Fass in Wil Stamm-Abend jeden letzten Mittwoch des Monats ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1. Nächstes Datum: 25. Januar 2006
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf-Watt Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)



SD

Section Fribourg et Vaud



Tous les derniers
vendredi du mois au
Café du Vélodrome,
à Lausanne,
dès 19 h 30



Eisbären in der Sahara...



Zum Glück sind die Menschen auf dieser Welt nicht alle gleich, sondern ganz verschieden. Ihrer jeweiligen Heimat angepasst. Darum gehören z.B. Europäer nach Europa und Afrikaner nach Afrika. Es würde ja auch niemandem einfallen, Eisbären in die Sahara zu verfrachten und dann zu diskutieren, wie man die Wüste eisbärengerecht machen könnte.

**Kanton Zürich**

National – umweltbewusst – sozial!

csz. Am 12. Februar 2006 finden in der **Stadt Zürich die Gesamterneuerungswahlen des Stadt- und Gemeinderates** statt. Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit ihrem Spitzenkandidaten **Patrick Blöchliger** (Kreis 11) an den Stadtratswahlen (Exekutive) teil. Patrick Blöchliger gehört seit vielen Jahren zu den aktivsten Stadtzürcher SD-Mitstreitern und vertrat unsere Partei schon 2001–2002 im Stadtparlament.

In Schwamendingen holen wir 5 Prozent!

Mit insgesamt **110 Kandidat(inn)en in allen neun Wahlkreisen** peilen wir den längst fälligen Wiedereinzug ins Stadtparlament an. Das neue Wahlsystem verlangt dafür, dass wir in mindestens einem Wahlkreis einen Stimmenanteil von 5% erreichen. Das ist mit unserem intensiven und v.a. ausdauernden Einsatz für die Ziele der Schweizer Demokraten insbesondere im Stadtkreis 12 (Schwamendingen) durchaus möglich. Schon seit langem versorgen wir das Quartier immer wieder flächendeckend mit SD-Material. Bei der Abstimmung über die Ost-Personenfreizügigkeit, in deren Vorfeld wir vier solche Aktionen durchführten, trug diese Arbeit denn auch prompt Früchte. Es gab 55% Nein-Stimmen (bei einem städtischen Durchschnitt von kaum 30%). 2002 wurden in Schwamen-

dingen 3,7% der Stimmen für die Schweizer Demokraten abgegeben. Diesmal sollen es doppelt so viele sein! Wenn wir die Hürde schaffen, nehmen wir mit unserer gesamten Stimmzahl an der Verteilung aller 125 Gemeinderatsmandate teil. Da sollten eigentlich vier bis fünf SD-Mandate drinliegen.

Zu brav und zu wenig profiliert...

Ein Rückblick auf die letzten Jahre zeigt, dass unsere Partei viel zu brav geworden ist. Es ist uns bisher nicht gelungen, den Stimmberechtigten unsere **eigenständige Position jenseits von «links» und «rechts»** klar zu machen. Vielerorts werden wir überhaupt nur noch als bedeutungsloser Wurmfortsatz des Bürgerblocks betrachtet. Das haben wir zum Teil auch selbst verschuldet. Immer wieder unterstützten z.B. einzelne SD-Vertreter das Geldbürgertum in dessen Bestreben, den Staat finanziell auszuhungern und handlungsunfähig zu machen. Das dient nur der schwerreichen Oberschicht, die so alles an sich rafft und sich zu Lasten des breiten Volkes masslos bereichern kann. Einzelne SD-Parlamentarier schlossen sich gar entsprechenden Fraktionen an. Ein solches Verhalten hat natürlich zur Folge, dass wir nicht mehr als eigenständige Kraft wahrgenommen werden. **Das werden wir Stadtzürcher Schweizer Demokraten nun ändern.** Die

unverwechselbare Politik traditioneller Schweizer Demokraten beruht auf drei Säulen. In erster Linie ist sie

national

Bürgerliche Kreise haben es leider in den letzten 10 bis 20 Jahren geschafft, den Unmut des Volkes über die fortschreitende Überfremdung und Kolonialisierung der Schweiz auf die relativ kleine Gruppe der Asylbewerber umzulenken. Der Zweck dieser irreführenden Politik ist klar: Die Wirtschaft erhält so die Möglichkeit, immer noch mehr Fremdarbeiter ins Land zu holen, ohne dass es dagegen noch ernsthaften Widerstand gibt. Eine echt patriotische Politik muss aber viel weiter greifen und das Übel an den Wurzeln packen. Alle Formen der Masseneinwanderung sind zu bekämpfen, auch und vor allem die Arbeitsmigration. Nur zu oft hört man, dass diejenigen, die arbeiten, ja schon gut und selbstverständlich willkommen seien. Problematisch seien nur die faulen und kriminellen Elemente unter den Ausländern. Dabei geht es doch gar nicht darum, ob die Zuwanderer «gut» sind oder «böse». Jede Einwanderung verstärkt die Überfremdung und – noch schlimmer – die katastrophale Überbevölkerung unseres kleinen Landes! Mit der Personenfreizügigkeit gegenüber den nunmehr 25 EU-Ländern haben wir praktisch keine Möglichkeit mehr, die Zuwanderung mittels direkter Beschränkungen zu stoppen. Um so wichtiger ist es, **das Streben der politischen «Elite» nach immerwährendem Wirtschaftswachstum zu stoppen.** Wenn es Arbeit für immer noch mehr Ausländer gibt, werden auch immer noch mehr von ihnen kommen. Zur künftigen SD-Politik muss also insbesondere auch gehören, dass wir für eine **Auszonung der viel zu grossen Baulandreserven** kämpfen und mithelfen, Grossbauprojekte (mit viel Arbeitspotenzial und Wohnraum für Einwanderer) zu verhindern. Dabei darf es keine Berührungsgänge mit der grünen Opposition geben.

Es hat nicht zu wenig Arbeitsplätze, sondern zu viele Leute!

Wirtschaftskreise rufen immerzu nach «Wachstum» und machen dem Volk Hoffnungen, dass damit die Arbeitslosigkeit verschwindet. Welch ein Unsinn! Vor zwanzig, dreissig Jahren gab es in der Schweiz viel weniger Arbeitsplätze – und dennoch Vollbeschäftigung. Inzwischen haben wir ein grosses «Wachstum» erlebt. Gewachsen ist – und das fast ausschliesslich durch Masseneinwanderung – vor-

allem die Bevölkerung. Die Landschaftszerstörung durch sich ausdehnende Agglomerationen – regelrechte Betonkrebs-Geschwüre in unserer unersetzlichen Heimat – schreitet immer schneller fort. Mitgewachsen ist die Arbeitslosigkeit. Sie ist strukturell bedingt und wird erst verschwinden, wenn wir die Wirtschaftsbosse rigoros zwingen, mit den vorhandenen Arbeitskräften auszukommen und sie zu beschäftigen, statt immer noch mehr Einwanderer ins Land zu holen. Weiteres «Wachstum» bringt da gar nichts.

Irreführung der national gesinnten Bürger

Bürgerliche Kreise versuchen immerzu, die Masseneinwanderung auf ein finanzielles Problem zu reduzieren. Natürlich ist es ein Ärgernis, dass wir z.B. für Asylanten, die hier gar nichts verloren haben, Milliarden ausgeben müssen. Doch das ist noch der geringste Schaden. Geld ist ersetzbar. Viel schlimmer ist, dass es in unserem Land immer enger wird. Wer einmal da ist, bleibt in der Schweiz. Mit dem rasant anschwellenden Zustrom von Menschen aus exotischen Ländern (Afrika, Asien, Karibik etc.) wird die gegenwärtige lasche Ausländerpolitik immer mehr auch zu einer **Bedrohung für den biologischen Fortbestand des Schweizervolkes.** Diese Schäden sind irreversibel und mit noch so viel Geld nicht wieder gutzumachen.

Umweltbewusste Politik

ist ein Gebot der Stunde. Es nützt nichts, gegen die Überfremdung und Überbevölkerung unserer Heimat zu kämpfen, wenn wir diese Heimat gleichzeitig selber kaputt machen und der Profit- und Wohlstandssucht opfern. Jeder zusätzlich verbetonierte Quadratmeter Land wird uns schon bald bitter reuen, denn mit der weltweiten Bevölkerungsexplosion werden auch die Ressourcen immer knapper. Darunter werden wir als rohstoffarmes Land ganz besonders zu leiden haben. **Wir sollten deshalb schauen, dass wir noch genug Land haben, um uns wenigstens selber zu ernähren!**

Stoppt Beton-Elmar!

Vor einigen Jahren hiess das Stadtzürcher Volk – mit namhafter Beteiligung der Schweizer Demokraten – eine neue Bau- und Zonenordnung (BZO) gut. Sie sollte der fortschreitenden Zerstörung der Grünflächen, insbesondere der letzten intakten Landschaftsräume am Stadtrand, endlich Einhalt ge-

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

bieten und hätte das auch getan, wenn der Volkswille respektiert worden wäre. Doch daraus wurde nichts. Mit einer Prozessflut blockierten Bodenspekulanten und Immobilienlobby alles. Und dann kam «Beton-Elmar» Ledergerber (SP!!) mit einigen Gleichgesinnten an die Macht und half mit, das Zerstörungswerk fortzusetzen. Nun werden fleissig Wiesen und Äcker zubetoniert, und die Stadt verkauft sogar noch grünes Land, damit sich Private an der Vernichtung der Ernährungsbasis des Schweizervolkes finanziell gesundstossen können. Es ist höchste Zeit, diese verheerende Politik zu stoppen.

Soziale Verantwortung (eidgenössische Solidarität)

Wir Patrioten erwarten von den Schweizerinnen und Schweizern, dass sie in jeder Lage zu ihrem Volk und ihrer Heimat stehen. Das kann auch mit Verzicht und Opfern verbunden sein. Eine solche Haltung kann ein Staat von seinen Bürgern aber nur verlangen, wenn er

ein starker und sozialer Staat

ist und dafür sorgt, dass nicht ein paar Privilegierte alles an sich reisen, während der Rest der Bevölkerung – auch der Mittelstand – immer mehr verarmt. Entgegen dem Geschwätz vieler bürgerlicher Politiker droht uns keineswegs der «Sozialismus». Das Gegenteil ist der Fall. Die soziale Schere öffnet sich immer weiter. Raffgieriger Manager und Investoren wollen immer noch mehr Gewinn machen. Zu diesem Zweck wird durch «Privatisierungen» gezielt das Volksvermögen geplündert und in die Geldsäcke von Abzockern und Spekulanten umgeleitet. Die Bosse entlassen hemmungslos Personal, um noch mehr Gewinn zu erzielen. Dem fallen v.a. ältere Schweizer Mitarbeiter(innen) zum Opfer, die sich jahrzehntlang für ein Unternehmen abgerackert und darauf vertraut haben, dass man sie auch in Zukunft nicht einfach in die Wüste schicken würde. Das alles muss aufhören. **Nationale Politik muss immer auch sozial sein.** Dabei geht es nicht darum, nach sozialistischer Manier alle gleich machen zu wollen. Aber übermässige soziale Unterschiede müssen verhindert werden, damit die nationale Solidarität erhalten bleibt. Globalisierung, Bonus-Abzockertum und Lohndrückerei sind keine Naturereignisse, die unabwendbar wie ein Gewitter einfach über uns kommen. Mit dem Stimm- und Wahlzettel kann den Machenschaften

der internationalen Manager- und Spekulantenclique ein Ende gesetzt werden. Man darf nur nicht resignieren, sondern kann nie genug betonen:

Nicht jammern – anders wählen! Widerstand nützt

Zu diesen Eckpunkten unserer Politik müssen wir Schweizer Demokraten stehen, auch wenn man uns deswegen angreift. Das macht gar nichts, im Gegenteil. **Schlimm ist, wenn wir nicht angegriffen werden.** Dies wäre nämlich ein Zeichen, dass wir einiges falsch machen. Darum werden die Schweizer Demokraten der Stadt Zürich einen **angriffigen Wahlkampf** führen. Es gibt zwei Plakate, einen farbigen Prospekt in alle Haushaltungen, Kleber, Standaktionen und Inserate. Darin wird Klartext gesprochen. Die «Political correctness»-Fanatiker werden aufjaulen...

Pest oder Cholera?

Die Medien reden dem Stimmvolk ein, es gebe eigentlich nur noch die Wahl zwischen SP (halbwegs sozial und auch ein bisschen grün, aber schweizerfeindlich) oder SVP (halbwegs patriotisch, aber stur antisozial und gegen den Naturschutz). Das ist für eidgenössisch denkende Bürger/-innen eine unerträgliche Wahl zwischen zwei Übeln. Wir bieten eine klare Alternative:

Schweizer Demokraten – patriotisch und sozial!

Kandidatenlisten der Schweizer Demokraten (SD) für die Zürcher Gemeinderatswahlen vom 12. Februar 2006

Kreise 1 und 2 (12 Sitze)



1. Tissot Charles, kfm. Angestellter, 1951
2. Mundwiler Roland, Briefträger, 1982
3. Bühler Rolf, Pressefotograf, 1950
4. Flepp Béatrice, Hausfrau, 1954
5. Schmid Tissot Monica, kfm. Angestellte, 1963
6. Blum Regula, Bankangestellte, 1948
7. Lehmann Jeannette, Spitalsekretärin, 1938
8. Wietlisbach Rita, Buchhalterin, 1949
9. Burlet Dani, Maurer, 1959
10. Tissot Charles, kfm. Angestellter, 1951

11. Mundwiler Roland, Briefträger, 1982
12. Bühler Rolf, Pressefotograf, 1950

Kreis 3 (16 Sitze)



1. Spiess Christoph, lic.iur., Oberrichter, 1959
2. Arnet Pascal, Heizungsmonteur, 1975
3. Stiefel Roger, Lastwagenführer, 1964
4. Kaul David, Lebensmittelverkäufer, 1973
5. Rey Jean-Gaston, Maler, 1938
6. Blickensdorfer Dieter, Chauffeur VBZ, 1952
7. Danuser Arnold, Monteur, 1957
8. Rüttener Edith, eidg. Verkaufskordinatorin, 1967
9. Assfalk Sandy, Drogistin, 1986
10. Steiner Rolf, Automechaniker, 1954
11. Götz Roy, Elektriker, 1981
12. Gramatica Rosa, Familienfrau, 1957
13. Graf Marlis, Koch, 1948
14. Marongiu Claudia, Hausfrau, 1966
15. König Edgar, Trainer, 1927
16. Mächler Gertrud, Therapeutin, 1926

Kreise 4 und 5 (13 Sitze)



1. Kost Rita, Familienfrau, 1959
2. Spiess Therese, Familienfrau, 1951
3. Arnold Franz, VBZ-Angestellter, 1958
4. Hofmann Reto-Andreas, SBB-Angestellter, 1977
5. Albrecht Daniel, Maler, 1976
6. Roth-Arnold Ivana, lic.iur., Juristin, 1963
7. Schubiger Roger, Magier, 1955
8. Helbling Peter, Maurer, 1942
9. Lehmann Heidi, kfm. Angestellte, 1946
10. Winkler Marcel, Drucker, 1956
11. Probst Elisabeth, Hausfrau, 1932
12. Schlepfer Michael, Maler, 1972
13. Lang Anna, Hausfrau, 1923

Kreis 6 (10 Sitze)



1. Marti Kornelius, Büroangestellter, 1980
2. Cassin Marco, Bauingenieur, 1967
3. Delfintzis Maria, Sekretärin, 1945
4. Hochstrasser Leo, Elektroniker, 1956
5. Michel Marcel, Uhrenmacher, 1944
6. Erne Jürg, Elektromonteur, 1946
7. Kobel Hanspeter, Maler, 1939
8. Marti Kornelius, Büroangestellter, 1980
9. Cassin Marco, Bauingenieur, 1967

10. Delfintzis Maria, Sekretärin, 1945

Kreise 7 und 8 (17 Sitze)



1. Schnellmann Edwin, Buchhalter, 1955
2. Burri Werner, Heizungsmonteur, 1938
3. Stähli Karl, Chauffeur, 1960
4. Wernli Gérard-(Paul), Bankangestellter, 1940
5. Gnädinger Carl, lic.iur., Sekretär, 1934
6. Hümbeli Hansruedi, Maler, 1945
7. Lang Hans-Ulrich, dipl. Agronom, 1926
8. Fellmann Josef, Grafiker, 1946
9. Hartmann Josef, Bankangestellter, 1932
10. Schnellmann Edwin, Buchhalter, 1955
11. Burri Werner, Heizungsmonteur, 1938
12. Stähli Karl, Chauffeur, 1960
13. Wernli Gérard-(Paul), Bankangestellter, 1940
14. Gnädinger Carl, lic.iur., Sekretär, 1934
15. Hümbeli Hansruedi, Maler, 1945
16. Lang Hans-Ulrich, dipl. Agronom, 1926
17. Fellmann Josef, Grafiker, 1946

Kreis 9 (16 Sitze)



1. Brasser Ueli, Berufsschullehrer, 1952
2. Wietlisbach Paul, Kaufmann, 1944
3. Meuli Roger, eidg. Angestellter, 1972
4. Pfiffner Peter, Chauffeur VBZ, 1946
5. Ehrismann Jakob, Autospengler, 1954
6. Buttlinger Gertrude, Hausfrau, 1954
7. Blum Henri, Restaurator, 1931
8. Ernst Sonja, kfm. Angestellte, 1977
9. Gisler Stefan, Maler, 1987
10. Hartmann Rätö, Landwirt, 1966
11. Masino Isabelle, Sicherheitsdienst-Angestellte, 1966
12. Bättig Daniel, Zugchef SBB, 1970
13. Notter Heinrich, Ingenieur HTL, 1933
14. Spengler Carl, Automechaniker, 1937
15. Fuchs Kurt, Geschäftsinhaber, 1934
16. Engel Fritz, Buchhalter, 1943

Kreis 10 (12 Sitze)



1. Nuotclà Barbara, Postangestellte, 72
2. Joss Kurt, Hauswart, 1952
3. Hegetschweiler Daniel, Gärtner/Florist, 1966

4. Bottinelli Toni, Kirchenmusiker, 1951
5. Nuotclà Barbara, Postangestellte, 1972
6. Hotz René, Treuhänder, 1945
7. Tellenbach Alice, 1958
8. Lendi Albert, Sanitärinstallateur, 1956
9. Ernst Angela, Hausfrau, 1929
10. Diener Hans-Peter, VBZ-Angestellter, 1959
11. Ruh Robert, Ing. HTL, 1934
12. Maag Max, dipl. Masseur, 1940

Kreis 11 (19 Sitze)



1. Blöchlinger Patrick, kfm. Angestellter, 1977
2. Hensch Christian, Webdesigner, 1946
3. Hanschke Béatrice, Kosmetikerin, 1953
4. Hausherr Meinrad, Giesserei-Techniker, 1936
5. Heeb Herbert, Sanitär-Installateur, 1963
6. Sonderegger Martin, Ramm-Meister, 1951
7. Meier Jonas, Landschaftsgärtner, 1978
8. Berchtold Rainer, Servicefachangestellter, 1960
9. Nuotclà Ernst, Postangestellter, 1968
10. Heeb Sabrina, Drogistin, 1987
11. Eichenberger Heinz, Mechaniker, 1946
12. Ferraretto Claudio, Landschaftsgärtner, 1980
13. Kern Hanspeter, Reparatuer VBZ, 1960
14. Huber Fausto, Lagerleiter, 1941
15. Gerber Markus, Kaufmann, 1930

16. Gut Rodrigo, techn. Supporter Internet, 1965
17. Juchler Gabriel, Reprofotograf, 1929
18. Stierli Zita, Direktionssekretärin, 1938
19. Wenger Anita, Verkäuferin, 1949

Kreis 12 (10 Sitze)



1. Wenger Christian, Postangestellter, 1974
2. Hausherr Michael, Postangestellter, 1971
3. Kern Claudia, Wagenführerin VBZ, 1964
4. Jungen Christian, Bauleiter, 1955
5. Tissot Andreas, Elektrozeichner, 1981
6. Lanker Andreas, Hochbauzeichner, 1974
7. Dönni Enrico, SBB-Angestellter, 1950
8. Maag Martin, VBZ-Chauffeur, 1959
9. Zimmermann Peter, Drogist, 1934
10. Schelling Willi, Bankangestellter, 1938

Herzlichen Dank

dem anonymen Spender aus Lausanne, der uns immer wieder grosszügig unterstützt und so auch wesentlich dazu beiträgt, dass wir einen aktiveren Wahlkampf führen können als auch schon.

SD Zürich-Stadt

Kanton Thurgau

RR-Kandidat Stark auf dem SD-Prüfstand!

Trotz Weihnachtszeit und Weihnachtssessen hat Regierungsratskandidat und Gemeindeammann Dr. Jakob Stark auf dem Prüfstand der Schweizer Demokraten in Weinfelden Platz genommen. Die SD-Analyse wird auch die Kandidatin Gabi Corey auf diesen Prüfstand laden; allerdings erst Anfang Januar 2006. Die Ergebnisse sollen bei den Entscheiden der SD helfen und die Frage klären, kann einer der Beiden unterstützt werden oder will die Opposition dem Bürger den Entscheid überlassen. Natürlich soll der Stimmbürger auch über diese Prüfungen informiert werden. Als Bauernsohn ist Stark zweifellos mit den ländlichen Problemen vertraut, auch als vollamtlicher Statthalter heisst seine heutige Devise Offenheit und Vertrauen schaffen – dabei wolle er besonders stark das Feedback aus der Bevölkerung pflegen. «Versprechen halte ich ein», und lasse mir nicht «auf der Nase tanzen». Er hat

an der Uni Zürich Philosophie studiert, dann auch als Wirtschaftsjournalist bei der Weltwoche gearbeitet und möchte vor allem die Steuern und Schuldenberge reduzieren und fürs Gewerbe und die Landwirtschaft gute Rahmenbedingungen schaffen. Jakob Stark wirkte aber auch widersprüchlich und konnte von vielen kritischen Schweizer Demokraten nicht verstanden werden. Mit grossem Bedauern wurde sein Ja zur Personenfreizügigkeit für 470 Mio. EUMenschen zur Kenntnis genommen. Seine immer wieder betonte Liberalität wurde kaum begriffen und sein politischer Kurs der SVP-Bern zugeordnet! Es drohe die Gefahr, dass einmal mehr dem Bürger ein SVP-Vertreter präsentiert werde, der gar nicht die Zürcher-SVP-Linie vertritt, sondern dem «liberalen» Berner Flügel verbunden sei!

Kantonale Parteileitung, SD Thurgau

ECOPOP mit weichen Knien?

(Schweizer Demokrat Nr. 12. Dezember 2005)

Herr J.J. Hegg kritisiert ECOPOP, weil wir in unseren Inseraten vor der Abstimmung vom 25. September keine Nein-Parole herausgaben. In unserem Inserat haben wir mit Zahlen belegt und sachlich argumentierend deutlich gemacht, dass die Schweiz bereits überbevölkert und die Nettoeinwanderung zu gross ist, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Bevölkerungszahl und Umweltbelastungen besteht und haben offen für eine Reduktion der Bevölkerungszahl plädiert. Wir wollten damit auch jene Wähler, die wegen ihrer Parteizugehörigkeit Ja stimmen würden, zum Nachdenken bewegen und ihnen zeigen, wie schädlich ein solches Stimmverhalten wäre. Zahlreiche Reaktionen haben mir gezeigt, dass wir damit mehr erreichten als mit einer simplen Nein-Parole. Der Hauptzweck der – für uns teuren – Inserate war, auf eine subtile, sachliche Art, mit überzeugenden Argumenten und parteipolitisch unabhängig für ein Nein zu werben. Leider war die andere Seite zu stark. Bei dieser Gelegenheit plädiere ich einmal mehr für einen politischen

Schulterschluss. Nur gemeinsam erreichen wir etwas. Wir müssen Herrn Bundesrat Blocher dankbar sein, dass er endlich mit schärferen Bestimmungen im Asyl- und Ausländergesetz gegen den Asylmissbrauch und die weitere Überbevölkerung unseres Landes antritt. Bei den jüngsten Wahlen in Köniz haben – wegen des Alleingangs der «Schweizer Demokraten» – die Linken und die extremen Linken (sog. Grüne) in der Exekutive auf Kosten der SVP und der bürgerlichen Kräfte gewonnen. Wann begreifen wir endlich, dass nur ein Zusammenschluss zum Ziel führt. Nur so haben wir auch eine Chance, die verheerende Wirkung der links dominierten politischen Nachrichtensendungen von Radio und Fernsehen abzustellen. Diese Leute können uns heute ungestraft in die rechtsextreme Ecke stellen.

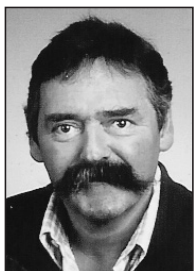
Prof. Hans W. Popp, Liebfeld

In diesem Zusammenhang weisen die SD auf die ECOPOP-Broschüre «Bevölkerungsreduktion» hin, welche bei ECOPOP, Rebenstrasse 28, 8416 Flaach, Telefon/Fax 052 301 33 14/15, bezogen werden kann.

Kanton Bern

SD Berner Oberland

Christian Jungen löst Paul Hänni im Berner Grossen Rat ab



Mit Christian Jungen sehen sich die Oberländer Schweizer Demokraten bestens vertreten. Sein Engagement sieht Chrigel Jungen in der Bildungspolitik, wo in den vergangenen fünfzehn Jahren sehr viel falsch lief. Weiter will er nicht weiter zusehen, wie die Schulden täglich ins Unermessliche ansteigen. Chrigel Jungen, der bei der Post Heiligenschwendli als Zustellbeamter tätig

ist, kennt den zunehmenden Druck, der auf die Dienstleistenden ausgeübt wird (Post-, Bahn- und Schiffsbetriebe usw.). Mit ihm haben wir einen Grossrat gestellt, welcher täglich mit den Ängsten der Arbeitnehmer und Auszubildenden als Gemeinderat im Sozialwesen und bei der Post konfrontiert wird. Wir wünschen dem Familienvater von zwei Kindern viel Kraft und Ausdauer in seinem vom Regierungsrat bestätigten Amt als fraktionsloser, selbständiger, dem Stimmvolk verpflichteter Berner Grossrat.

Roland Schöni, SD-Kantonalpräsident, Bern



Zur Pittbull-Attacke

Sechs Pittbulls wurden tierwidrig gehalten und ungenügend beaufsichtigt. Resultat: Ein Toter. Das Medienecho war gewaltig und die

Reaktion der Behörden kam prompt. Leinen- und Maulkorbzwang sowie ein Verbot gewisser Hunderassen werden in Erwägung gezogen, bzw. sind bereits angeordnet. Kommt jedoch bei einer Schiesserei, einem illegalen Autorennen oder einer Messerstecherei ein Unbeteiligter ums Leben, wird viel schneller zur Tagesordnung übergegangen. Obwohl die hauptsächlich in Frage kommende Täterschaft viel gefährlicher ist, als ein Pittbull. Ein Maulkorb verpasst wird denjenigen, die es wagen, Kriminalität im Zusammenhang mit dem Asylwesen zu thematisieren.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Unkontrollierte Grenzübertritte

Nach der tödlichen Attacke auf einen kleinen Buben in Oberglatt läuft gegen den Pitbull-Besitzer ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung. Auch der Bundesrat reagiert: Er will das Gesetz verschärfen. Was soll das? Wurden durch die uns vorgelogene «Sicherheit durch Schengen» solch traurige Taten nicht vorprogrammiert?

Oder wie kommen Hunde ungestört über die Grenzen? Haben wir nicht über freie Grenzen abgestimmt? Statt an der Landesgrenze begrüsst mich die Grenzwaache seither grundlos beinahe zu Hause. Eigentlich tun mir solche Beamte leid, durch den befohlenen Blödsinn müssen sie sich bei der Bevölkerung verhasst machen. Auch Schweizer kommen an den Siedepunkt. Durch das Verteilen von unanständigen Bussen, z.B. für die Verwendung von Schweizer Parkscheiben statt Scheiben nach EU-Norm, verliert nebst der Grenzwaache auch die Polizei die nötige Unterstützung im Volk, was die Sicherheit bestimmt nicht fördert. Würden Anstand, Sicherheit, Sozial- und Managerlügen vor Abstimmungen so definiert, dass man damit etwas anfangen könnte,

würde der Bub in Oberglatt – und andere Opfer, welche schon wieder vergessen sind – noch leben.

Gesetze ohne Kontrollen? Verlangen wir doch gleich, dass sich Kriminelle selber Handschellen anlegen und sich bei der Polizei melden. Nette Politiker, glaubt es doch: «Wer Unanständige schützt, schadet den Anständigen.» Dies gilt nicht nur für Vierbeiner. Hoffentlich bleiben uns Racheakte wie am Fluglotsen, nach dem tragischen Flugzeugzusammenstoss über Überlingen, erspart. Leider ist heute die Wahrheit unanständig, darum möchte ich mit meinem kleinen Anstand keiner Partei schaden. Gott sei Dank habe ich bei den EU-Abstimmungen so unanständig abgestimmt, dass ich keine Menschenleben auf dem Gewissen habe. Hoffentlich gehen unsere Sicherheit und die direkte Demokratie samt Verfassung nicht durch Kollegialität, Konkordanz und Solidarität vor die Hunde.

Übrigens zuhanden der «Gesetzbrünzler»: «Denkt daran, ausser den Schweizermännern sind alle und alles in der Schweiz irgendwie geschützt».

Hermann Wyss-Meier, Schneisingen

Radio verdrängt Volksmusik

Reformen aller Art und ab und zu Programmänderungen bei Radio und TV DRS sind im Trend. Eine Ankündigung bei DRS I im Dezember: Die morgendliche Sendung «Volksmusik beginne jetzt dann schon um 4 Uhr früh nach dem Nachtclub.» Als Frühaufsteher freute ich mich, weil ich gerne unsere eigene Ländlermusik und ab und zu einen Jodelvortrag höre wie

wahrscheinlich auch Bauern, die früh aufstehen und zur Stallarbeit gehen müssen. Die Stunde von 5 bis 6 Uhr, also eine Randstunde, war bis jetzt täglich mit Ländlermusik ausgefüllt. Einige Tage später schaltete ich DRS I schon um 4 Uhr ein und traute den Ohren nicht: Von einheimischer Volksmusik keine Spur mehr und zwar bis 6 Uhr. Ähnlich der jeden Cha-

rakter vermissenden Dudelmusik des sog. Nachtclubs gab es jetzt eine Art modernistischer Musik internationalistischer Prägung mit besonderer Prägung: Es wird ausschliesslich gesungen und zumeist von Frauen. Wir wissen es: Wenn den Programmgewaltigen, die ja eine politische Aufgabe haben, eine Sendung nicht mehr genehm ist, dann wird sie vor ihrer Absetzung in eine Randstunde versetzt, und das war bis vor Kurzem eben zwischen 5 und 6 Uhr. Grad vor Weihnachten schrieb mir eine Schulkollegin aus Basel, wie furchtbar die Musik in unserem Radio sei, ein Geschrei, dass einem die Haare zu Berge stünden. Wie anders und schön sei es doch gewesen, als noch z.B. Hans Möckels, Peter Kreuders und Glenn Millers Musik ertönte. Jetzt wird fast ausnahmslos nur noch gesungen, aber zumeist nicht einmal schöne Schlager, nur internationalistische Kost und das auch ohne Änderung an

Sonntagen. Romantische wohlklingende Musik, die es eine grosse Zahl von Stücken aus ganz Europa gibt, kommt einem nie mehr zu Gehör bei DRS I. Es gibt einen sehr verborgenen Plan zu einer sog. Neuen Weltordnung oder Weltregierung. Nahum Goldmann hat das schon anfangs des 20. Jahrhunderts verkündet. Alles was ist, muss weg, alles was war und geworden ist, muss schlecht gemacht werden. Um die Kulturmenschheit neu zu ordnen, braucht es die Zerstörung der alten Ordnung, gesellschaftlicher Formungen, die Identität einer Nation, ganz zu schweigen von der Abschaffung der Grenzen und jeglicher Kontrolle von Einwanderern. In Europa und bei uns verläuft die Zerstörung nach Plan und mit Hilfe der Regierung ganz so wie es die Freimaurer und ihre verbündeten Medien wollen. Wir haben leider für sie schon zu gut gearbeitet.

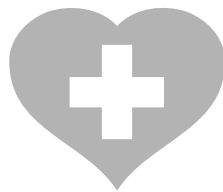
Dr. Disteli, Olten

Eine Weihnachtsgeschichte zum Weinen

Nicht zum ersten Male brachte «Blick» (20. Dezember) auf der Frontseite eine böse «Story», um zu zeigen, wie unmenschlich wir sind, mit der Schlagzeile «Bitte, bitte lasst uns zurück in die Schweiz» und «ausgeschaffte Familie hat kein Wasser, keinen Strom und keine Heizung». Weiter ging es auf den Seiten 2 bis 5 mit «Traurige Weihnachten für ausgewiesene Familie Kolic» und «Für Weihnachten haben sie nur einen Wunsch: heim in die Schweiz.» Auch Radio DRS Regionaljournal St. Gallen drückt immer wieder auf die Tränendrüsen, so auch am 20. Dezember mit Iso Schmalz und klagte mit Blick auf die kommenden Feiertage, Vater Kolic müsse nun wohl von seiner armen Familie getrennt Weihnachten feiern! Dann habe ich zum Telefon gegriffen und DRS gebeten, mit dem Theater aufzuhören, denn Moslems würden kaum Weihnachten feiern! Jedenfalls hätte ich dies in vielen Ländern dieser Erde nie erlebt. Auf Einwände gab ich zu bedenken: Der Gemeindevorstand in Wiesen lautet bei Herrn Kolic «keine Religion» und das kam so: Jeder Zuzüger wird zuerst gefragt, sind sie katholisch? Wenn er verneint folgt die Frage sind sie evangelisch-reformiert? Bei einem weiteren nein wird einfach «keine Religion» eingetragen. Dies sei nötig, dass allenfalls die beiden vorhandenen Kirchen ihre Kirchensteuern eintreiben können. Wenn aber

«keine Religion» eingetragen werde, heisse dies überhaupt nicht, dass der Betreffende nicht Moslem sei – oder einer anderen Religion angehöre. Im Kosovo, wo Herr Kolic herkommt, ist eine Mehrheit moslemisch! Seit meinem Telefonat mit DRS hat die DRS-Tränenmaschine auch gestoppt; offenbar haben auch die linkspolitisch agierenden Damen und Herren im Studio St. Gallen mitbekommen, dass nicht alle Weihnachten feiern... Auch «Blick» hat andere Schlagzeilen und seine Manipulateure zurückgepfiffen. Haben die feinen Redaktoren eingesehen, dass in solchen Fällen der Eintrag in die Fasnachtszeitung Realität werden könnte, wie ich dies versprochen hatte? Tatsache ist, unsere Asylpolitik ist ein Fiasko, wie das von kritischen Bürgern immer schon gesagt wurde. Mit dem verschwendeten Geldern für Bürokratie und Missbräuche könnte etwa in Afrika ganzen Dörfern (Schulen, Spitäler, Brunnen) geholfen werden – anstatt Nutzniesser, die hier oft gewalttätig, kriminell und ausbeuterisch auftreten (siehe Roma-Familie in Rüschtikon) endlich auszuschaffen. Wann werden gewissen Politikern und vor allem vielen faulen Medien endlich ihre scheinheiligen Politmasken vom Kopfe gerissen? Vielleicht im neuen Jahre? Mein Rat, lassen wir uns nicht alles gefallen, werden Sie aktiv im 2006 – zum Wohle aller!

Willy Schmidhauser, Dettighofen



L'an prochain sera religieux ou ne sera pas



Mary Meissner,
Vernier

Voilà une phrase que l'on entend de plus en plus sur nos ondes et même dans la presse j'ai lu ce matin que le fait religieux ne recule pas, il se recompose et se pluralise.

Entre les nouvelles sectes et le renouveau du new age aux États-Unis, entre la reconstruction des églises en ex Union soviétique et la radicalisation iranienne, on peut effectivement se poser des questions. Auparavant les enfants suivaient le chemin pris par leurs parents sans se poser de question, aujourd'hui les jeunes choisissent leur propre religion et cela ne les dérange pas de se rencontrer par centaines pour prier avec le Pape

ou la communauté de Taizé, toutes tendances confondues.

Plus la précarité augmente, plus la mondialisation se développe, et plus les gens ont besoin de se raccrocher à quelque chose de plus solide que ce terrain qui se dérobe sous leurs pas, et devant ce futur de plus en plus incertain.

Mais ce quelque chose existe-t-il vraiment? N'est-ce pas plutôt une recherche d'un absolu inconnu que l'esprit humain crée de toutes pièces afin de se rassurer? J'ai souvent posé la question «*Dieu existe-t-il?*» Mais à force de me torturer les méninges, je suis arrivée à la conclusion que l'on ne peut pas poser une telle question, car Dieu étant énergie vitale sur Terre et dans le cosmos, Il Est. C'est tout. Evitons aussi les lieux communs qui affirment que Dieu nous a créés à son image, car alors les pires assassins et les fous, les vivisecteurs et les drogués ne devraient pas naître.

C'est dans cet état d'esprit que j'ai regardé le splendide reportage de

Nicolas Hulot en Ethiopie l'autre soir. Son ULM survolait la cicatrice ouverte des Afars, là où la croûte terrestre se déchire à cent vingt mètres au-dessous du niveau de la mer. Les paysages y sont tragiquement superbes, diaboliquement divins et d'une beauté dangereusement perverse. Des couleurs extraordinaires forment des tableaux d'un réalisme moderne dépassant l'imagination la plus fertile. Le sol boursoufflé crache des fumerolles jaunes, des bouches aux gosiers sanglants s'ouvrent au flanc de monticules fauves, des lacs bleus, azurés, couleur de jade, céléstines ou violets recouvrent des cristaux de sel ressemblant à des coraux. En somme c'est une préparation à une nouvelle mer qui s'ouvrira dans le prolongement de la mer Rouge. Subjuguée, j'ai senti la peur d'une immensité formidable qui nous attend peut-être de l'autre côté du miroir. Un enfer sublime de 60 degrés hors sol et 600 degrés au fond des trous rougeoyants.

Ces forces ne peuvent pas nous ré-

pondre, de plus nous savons par les calculs astronomiques que tout cela disparaîtra un jour. Quel dommage de savoir que dès la naissance nous faisons chaque jour un pas vers le néant.

De toutes façons, tous les écrits religieux qui s'empilent dans nos bibliothèques ont été élaborés par des êtres humains. Ce qu'on appelle la religion nous vient du fond des âges et chaque époque aux quatre coins du monde a inventé son ou ses propres dieux. Alors il s'agissait d'expliquer le pourquoi des événements inconnus et inexplicables et certains esprits malins en ont profité pour s'en parer comme d'une armure supérieure.

De là à regarder avec de plus en plus de soucis le méli-mélo des partis qui secouent la planète calqués sur le salmigondis des courants religieux, il ne faut pas s'attendre à des miracles de paix et d'amour sur terre. Je vous souhaite à tous fidèles lecteurs et électrices, une bonne et heureuse année 2006, santé et prospérité.

Le Pileri

Nez Rouge

Voilà encore un sujet de discussions interminables en ces premiers jours de l'année 2006. Faut-il que ce mouvement soit subventionné par les pouvoirs publics? Doit-on laisser la responsabilité au domaine privé?

Le mot responsabilité est donc une fois de plus à l'ordre du jour. Quand donc l'être humain sera-t-il capable de se prendre en mains d'une façon **responsable**? Je suis abasourdie de constater que dans de nombreux cas, l'homme (ou la femme) est faible devant ses pulsions, ses envies, ses fantasmes. Egoïstement ceux qui ne pensent qu'à leur satisfaction immédiate, oublient qu'ils ne sont pas seuls en cause. Que de leur attitude dépend une chaîne d'événements bons ou mauvais. Et ces débordements augmentent au lieu de diminuer. La statistique du 1er janvier l'a démontré pas plus tard qu'hier. Y a-t-il encore sur cette terre suffisamment d'individus qui savent distin-

guer le bien du mal, qui ont assez de volonté pour résister à leurs débordements destabilisant leurs proches et qui, de par leur comportement, contribuent au bon fonctionnement de notre vie terrestre?

Non. Terroristes, voleurs, meurtriers, pédophiles, menteurs, suborneurs, buveurs, bouloteurs, acapareurs, violeurs, dealers et consommateurs, ils sont tous en augmentation et ils sont tous coupables de la dégradation des mœurs et de notre environnement. On devrait revenir dès l'enfance, à une éducation stricte enseignant respect de soi, des autres et de la société en général, de l'entraide humaine sans sentiment de prédominance ou d'égoïsme et surtout la maîtrise de ses désirs quels qu'ils soient s'ils empiètent sur la tranquillité du voisin. Vœux pieux, hélas! Bonne année quand même.

Espagne

On dit que l'Espagne fait pâlir ses voisins avec un taux de croissance supérieur à celui de ses voisins européens. Personne ne souligne que cette embellie est due grâce aux prébendes faramineuses de ses mêmes voisins qui se serrent la cein-

ture pour lui permettre d'en profiter avec moult magouilles par dessus le marché. Ah! quelle est belle l'Union qui enflé chaque année, pompant de plus en plus d'argent à ceux qui en ont, pour le donner à ceux qui n'en ont pas. Personne ne songe à punir les incapables, les profiteurs et les plus malins qui s'enorgueillissent aujourd'hui comme l'Espagne, d'être un superman à bon marché. Et ce n'est pas fini. On retourne le contenu du panier et les derniers deviendront les premiers. Exactement le processus qu'employa l'URSS qui, à peine au pouvoir, donna les postes clés aux ouvriers les moins éduqués et les emplois subalternes aux intellectuels dérangeant le plan des dirigeants occultes avides de pouvoir. Sont-ils maintenant à Bruxelles? Et quel est leur but?

Ukraine

Ainsi ce malheureux pays qui a subit, en tant que satellite de Moscou, les famines provoquées par le Kremlin, les aléas de Crimée et l'horreur de Tchernobyl, se voit étranglé après sa victoire orange lui donnant enfin la liberté. Voilà ce

qui attend les pays dépendant des produits énergétiques de nations envieuses et revanchardeuses qui, pour avoir gain de cause, n'hésiteront pas à fermer les robinets de gaz ou de pétrole. Espérons que pour garder son gaz, l'Union Européenne ne lâchera pas l'Ukraine qu'elle a aidée dans sa révolution ou alors fera la guerre à la Russie avec les armes sophistiquées de l'OTAN! Aïe! Aïe! Dansons nous sur un nouveau volcan? Pouvons-nous souhaiter une bonne année dans ces conditions?

France

Ça continue. Malgré des milliers de policiers déployés pendant les fêtes pour éviter tout débordement, il y a quand même eu 450 voitures brûlées. C'est quoi ce bordel? Sarkozy a-t-il crié dans le vide? Et le comble ce sont les commentateurs de radio-télévision qui minimisent la chose, affirmant que le calme est revenu et que **seulement** 450 voitures ont été incendiées? Je me demande si les propriétaires sont contents et considèrent que tout est bien dans le meilleur des mondes, rempli de sérénité. Vive 2006, ça commence bien.

Octopus

Quelques nouvelles chrétiennes



Il est rare que je traite dans ce journal éminamment politique des questions religieuses, mais celles-ci soulignent de cruelle façon les dangers que fait courir l'islam à l'Occident où il se multiplie à la vitesse grand V.

Ainsi en Indonésie 19 chrétiens ont perdu la vie lors d'attaques à la bombe, le 28 mai sur un marché de Tentena, sur l'île de Célèbes peuplée majoritairement de chrétiens. Les bombes ont explosé toutes les quinze minutes dès le matin au moment de la plus grande affluence. D'autre part de violents attentats ont été perpétrés par des extrémistes musulmans dans les îles Sulawesi et Moluques entre 1999 et 2001 et ont coûté la vie à plus de 8000 personnes.

L'Indonésie est un pays sous régime inféodé à la charia. Il y a 80% de musulmans, 16% de chrétiens et 2% d'Indous. Attention à l'immigration venant de ce pays.

Au Népal la police a arrêté un couple de chrétiens qu'elle accuse d'avoir voulu convertir de force des mineurs parce qu'un employé mécontent avait remis une photo montrant un baptême d'adultes en insistant sur les cérémonies cachées d'enfants. La population excitée a demandé des dommages pour 100 000 roupies (3500 frs) et le couple ayant refusé, il a été arrêté et purgé six ans de prison. Le gouvernement népalais a voulu faire un exemple pour décourager les chrétiens indiens voulant ouvrir des institutions de charité dans le pays.

Au Sri Lanka des extrémistes musulmans ont menacé l'église qui doit cesser ses activités subversives. Ils ont même déposé une plainte à la police le 27 mai au soir et le pasteur a dû se présenter le 30 déjà au tribunal de Kesbawa pour répondre d'avoir violé la paix. Les

pasteurs de l'île qui s'étaient déplacés pour soutenir un des leurs ont été sommés par le gouvernement de Polonnaruwa, ville située dans une région bouddhiste, de suspendre leurs activités et de ne plus construire d'églises. On est loin d'interdire en France, la construction de mosquées!

En Inde un missionnaire a été torturé puis assassiné avec une cruauté à peine imaginable. Selon les constatations de la police, il a été jeté dans bain d'acide. On a retrouvé son sac rempli de littérature chrétienne maculée d'excréments. Les autorités nient que le crime ait eu des raisons religieuses, mais les extrémistes indous sont les véritables coupables. Donc attention aux musulmans. Viennent s'ajouter les indous que l'on dit pacifistes. Ne recevons nous pas trop d'Indiens spécialisés en informatique et pourquoi pas en indouisme ou islamisme anti-chrétien?

La population indienne compte plus d'un milliard d'âmes soit 80% d'indous, 12% de musulmans, 2% de chrétiens et 2% de sikhs.

En Turquie les protestants doivent faire face à des attaques sans précédent. Au début de novembre, trois jeunes gens prétendant être en quête d'une recherche spirituelle se sont rendu au bureau de Wilbur Miller, un citoyen américain appartenant à une congrégation d'expatriés. Ils avaient un fusil dans une main, un couteau dans l'autre. Ils l'ont cloué au sol, l'ont lié, ballonné et bandé les yeux. Ils ont mis à sac et pillé son bureau en criant qu'ils ne supportaient pas la présence d'une église étrangère dans leur quartier. Un autre incident du même genre eut lieu à Gaziantep où deux individus utilisèrent de petites bombes pour enfoncer la porte de l'église. Les poli-

ciers trouvèrent une carte militaire portant la mention «*Défenseurs de la patrie*». Le lendemain une bombe éclatait devant la maison d'un membre turc de l'église chrétienne. La presse turque reste muette sur tous ces incidents qui se multiplient de plus en plus. Que viennent faire les Turcs dans l'U.E.? Semer la m...?

Au Tadjikistan une église protestante a dû fermer ses portes sous le prétexte que ses activités dérangeaient les musulmans et de ce fait violaient la loi. Quelle loi?

En Arabie Séoudite, la police religieuse a arrêté 40 chrétiens pakistanais qui s'étaient réunis en privé à Riyad un vendredi matin. Une troupe de *muttawas* enfoncèrent les portes fermées, frappèrent les fidèles en prière, renversèrent des meubles et brisèrent des symboles. Les personnes présentes furent placées en garde à vue à Deira, puis relâchés comme des malpropres. Ces gens demandent pourquoi les musulmans d'Arabie sa-ou-dite ont le droit de construire des mosquées à travers le monde, d'y prier, alors qu'ils refusent de désigner des lieux de culte pour les chrétiens qui travaillent dans leur pays. Bien sûr les pays du Golfe qui suivent le même procédé préfèrent construire des îles et pistes de skis coûtant des milliards de \$-pétrole... Que feront-ils lorsque l'or noir aura disparu?

Au Zimbabwe c'est le chaos sur tous les plans. L'opération, de Mugabe pour *Nettoyer la saleté*, a créé une tragédie humaine inimaginable. Hommes et femmes furent chassés des fermes qu'ils avaient construites autour des villes. Tout a disparu. Quelques 700 000 personnes se sont retrouvées sans toit, affamées et désespérées au milieu de l'hiver. Les survivants ont été installés dans des *camps de transit*, privés de tout aménagement ou renvoyés dans leur contrée d'origine. Mugabe laisse le sida et la faim faire leur travail mortel. L'aide extérieure est repoussée par le gouvernement, les missionnaires et les gens d'église sont chassés à coups de pierre. Même l'ONU n'a pas droit au chapitre, seule la Chine a droit de cité sur une population affaiblie qui n'a plus la force de réagir. Il y a heureusement quelques chrétiens dévoués qui réussissent à contourner ces interdictions, mais un ancien pensionnaire éduqué par le clergé de l'époque en Rhodésie s'est transformé en suppôt de satan

et il est déterminé à réduire de moitié la population du pays. Il appelle les blancs *saleté*, et il viole sans coup férir les jeunes filles. Il est un membre typique de ce gouvernement d'assassins qui méprise ces chrétiens ayant offert, avec beaucoup de peine, de la nourriture, des couvertures et des abris pour les sans foyers. Il envoya la police saisir tout cela et disperser les victimes encore une fois. Que font les Eglises dans le monde pour ce pays paradisiaque qui s'appelait Rhodésie et qui plonge aujourd'hui dans une tel enfer?

Charlotte Morel

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «*Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat*» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «*Démocrate Suisse*» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
 Démocrates Suisses,
 Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
 Démocrates Suisses DS**

Secrétariat central:
 Case postale 8116
 3001 Berne
 Tél. 031 974 20 10
 Fax 031 974 20 11
 Internet:
 www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
 Démocrate Suisse
 Case postale 8116
 3001 Berne
 Tél. 031 974 20 10
 Fax 031 974 20 11
 E-Mail:
 sd-ds@bluewin.ch

Londres, le feu islamiste

On ne me fera pas croire que la catastrophe de Londres qui brûle des tonnes de mazout provoquant un nuage pire que celui de Tchernobyl, soit due à un accident de parcours. L'emplacement de ces citernes au cœur des villes comme à Genève, demande une protection spéciale, une attention constante et des contrôles minutieux et réguliers. Nos journaux se sont emparés du sujet avec frénésie et les radios et télévisions se sont empressées de nous montrer, vus du ciel, ces agglomérats d'énormes citernes à Vernier et Collombey. Il y en a ailleurs aussi, donc nous sommes des proies faciles pour tous les terroristes du monde. En tout cas ce malheur ne va pas arranger les engagements pris à Kyoto pour protéger le climat.

Les terroristes et fanatiques islamistes qui veulent s'approprier le pouvoir et le contrôle du monde en déliquescence, ont trouvé un moyen extraordinaire pour mettre à genoux tous ceux qui ne jurent que par le pétrole. Mais les autorités londoniennes se gardent bien de les accuser pour ne pas affoler une population très secouée par les attentats du métro. Blair, qui veut garder son mandat le plus longtemps possible, ne va pas marcher totalement dans les pas de Bush qui est en train de perdre du terrain à cause de sa politique agressive

de Père Fouettard. Alors on dore la pillule au bon peuple qui, de son côté, se réfugie dans la méthode Coué. «*Ce n'est pas grave, c'est une péripétie horrible mais c'est humain et ça passera.*» Je ne pense pas que les mots guérissent l'esprit apeuré.

Cela ressemble au scénario de la grippe aviaire. Avec l'internet et les moyens de communications instantanées, les médias répandent en quelques secondes des informations affolantes, et des milliers de pauvres bêtes sont cruellement tuées partout dans le monde de manière préventive. La psychose est chose dangereuse, empêchant de poser la vraie question: *A qui profite le crime?* A l'industrie chimique bien sûr qui a fait son beurre et maintenant se tait. Entre temps les pertes ont été immenses et de pauvres gens ont souffert inutilement. Pendant ce temps, d'autres catastrophes se préparent. L'or est en train de grimper pour atteindre selon les spécialistes fr. 1000.- l'once, les glaces polaires disparaissent, les mammifères dans l'Océan sont empoisonnés à petit feu, les OGM changent la génétique humaine, animale et végétale en monstres.

En regard de ce qui attend la vie sur terre, Londres en feu est peu de chose!

Maria de Seimners, Genève

Climat, souci majeur

Un article de fond sur le climat dans le numéro de vendredi 9 décembre de la Tribune de Genève est un modèle du genre concernant chaque lecteur(trice), mais évidemment qui ne résoud pas les graves problèmes qui nous attendent. Il nous laisse pantois devant l'inutilité de nos petits efforts personnels pour économiser des bouts de chandelle, des recommandations nationales et internationales qui ne feront de l'effet que dans cent ans, et surtout au vu de l'indifférence égoïste des grands pays qui sont les plus gros pollueurs de notre planète.

A ce propos, dans cet excellent article, il manque le volet d'une faim généralisée qui s'ajoutera aux autres catastrophes programmées. En effet le réchauffement des eaux provoquera non seulement la disparition des ours polaires, mais de

tous les mammifères nageant dans les eaux aux températures idoines, de tous les poissons, crustacés et coraux, ainsi que parallèlement des oiseaux se nourrissant des produits de la mer. Adieu aux empereurs des contrées glacées du sud, des oiseaux migrateurs et des tortues géantes! La chaîne alimentaire étant rompue, les hommes manquant d'eau pour arroser leurs cultures, devront regarder les étendues liquides trop chaudes, polluées et salées, anciennement réserves de nourriture, avec angoisse. La fusion atomique ne leur servira pas à grand chose et leurs satellites tourneront en vain dans un ciel lui aussi tourbeoulé.

La race humaine en augmentation, disparaîtra non pas d'une catastrophe astrale, mais de faim à moins qu'elle ne redevienne cannibale.

Mary Meissner, Vernier

A vaincre sans péril, on triomphe sans gloire

S'il est un sport auquel je ne m'intéresse pas, c'est le football. Mais je me suis intéressée à ce match en Turquie, non pas du point de vue footballistique, mais patriotique. J'ai été fière de l'attitude calme, pondérée et raisonnable de notre délégation sportive face aux attaques virulentes et rageuses des supporters, police et douaniers turques. Les petits Suisses se sont bien comportés et ils ont bien défendu nos valeurs. Après lecture de trois pages sur ce thème dans mon journal préféré, je lis en quatrième page l'exploit surprenant de Samuel Schmid en Tunisie. Il a gardé le profil pondéré d'un président qui sait ce que veut dire la liberté d'expression et il l'a proclamé haut et fort devant un parterre de délégués internationaux, malgré la coupure rageuse de la télévision tunisienne. Là aussi, la petite Suisse montre sa force d'indépendance. En troisième position, le même jour, la délégation de 10 000 paysans devant le Palais fédéral à Ber-

ne pour protester contre les décisions de l'OMC, prouve que nous ne voulons pas nous laisser englober par un mondialisme dangereux. La Suisse doit lutter pas à pas si elle veut survivre, et chaque jour nous prouve que nous sommes protégés par notre refus d'entrer dans l'U.E. qui, à Bruxelles, déciderait pour nous à notre détriment.

Il faut dorénavant comprendre pourquoi de plus en plus de citoyens ont peur de disparaître dans la masse des changements qui bouleversent notre manière de vivre. Peur de la violence, des vols, des viols, des arnaques, des abus de confiance, des incendiaires, des terroristes, des oukazes étrangers contre lesquels il n'y a pas de répit. Mais notre Conseil fédéral lâche du lest, ouvre les frontières, capitule et accepte de copier ses voisins en faillite, c'est pourquoi il faut faire confiance à tous ceux qui refusent de disparaître, de se prostituer ou de se vendre. O monts indépendants!

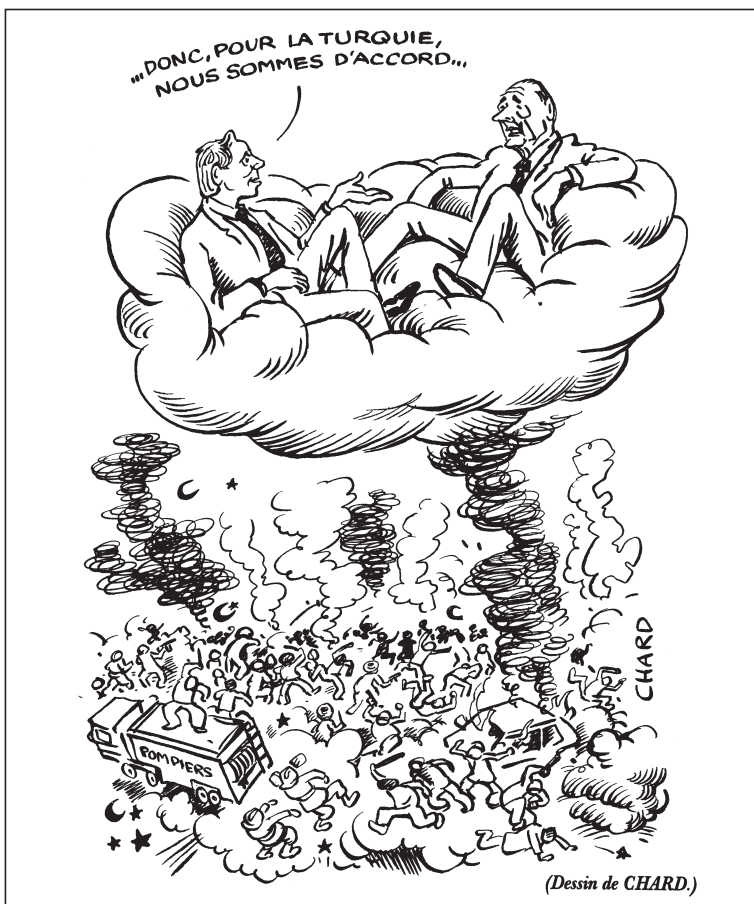
Maria de Seimners

Le Pileri

Cigarettes et propreté

A cause des interdictions de fumer dans des locaux fermés, les fumeurs squattent les trottoirs, les quais ou les parcs proches. S'ils doivent se plier aux obligations aujourd'hui en vigueur dans beaucoup de pays, et que de ce fait, les non fumeurs peuvent enfin respirer un air non

pollué et malodorant, les fumeurs, eux, ne se gênent pas pour salir les endroits où ils ont satisfaits leur vice. Ils continuent à jeter par terre leurs mégots, à les écraser avec leurs semelles, sans considération pour les ouvriers de la voirie qui font le ménage derrière eux. La loi devrait, comme pour les crottes de chiens, les obliger à mettre leurs mégots dans des sacs biodégradables, jusqu'à la prochaine poubelle.



Heimat im Herzen!

Trotz Mobilisierung all unserer finanziellen und ideellen Kräfte blieb uns im 2005 ein Abstimmungserfolg bezüglich der Ausdehnung der Ost-Personenfreizügigkeit und des Schengen-Vertrages versagt. Doch auch im 2006 wollen wir Schweizer Demokraten uns mit ganzer Kraft für eine lebenswerte Heimat einsetzen. Zahlreiche wichtige Aufgaben warten auf uns und verlangen wieder unseren vollen Einsatz. Auch wenn das neue Ausländergesetz den durch uns geforderte Stopp von kulturfremden Zuwanderern nicht beinhaltet und auch das revidierte Asylgesetz den Asylrechtsmissbrauch nicht völlig eindämmt, zie-

len doch beide Vorlagen in die richtige Richtung. Die Referendumsabstimmungen erfolgen wohl im kommenden September. Somit haben wir genügend Zeit, den Boden für das zwingende Ja zum neuen Ausländer- und Asylgesetz zu bereiten. Allerdings: Unsere Kampfkasse ist nach den Abstimmungen von 2005 leer. Umso dankbarer sind wir für die rasche Überweisung des Abonnementsbeitrages 2006 mit dem vorgedruckten Einzahlungsschein. Diesen haben Sie vor wenigen Tagen erhalten. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und Treue!

*Bernhard Hess, Chefredaktor,
Nationalrat, Bern*

Vorverurteilung

Nun ist es geklärt. Die Täterin, die den Arzt in Unterwasser bedroht hat, ist schwerst psychisch krank. Sie war sogar Patientin von ihm. Ein rassistischer Grund liege bei der schwer gestörten und kaum vernehmungsfähigen Frau nicht vor. Leider wurde jedoch im Zusammenhang mit den Bedrohungen des Arztes in Unterwasser die ganze Bevölkerung vom Toggenburg in Misskredit gebracht. Linke Politiker und Parteien versuchten aus den Ereignissen Kapital zu schlagen.

Tragischerweise spielten auch die Medien schweizweit mit, das ganze Toggenburg des Rassismus zu bezichtigen. Fast offiziell wurde ge-

fordert, die Region als Touristenort zu meiden. Zeitungen druckten ungehemmt Leserbriefe über «die braune Gülle» und über den angeblichen Rassismus in diesem Tal ab. Dies alles ohne den Täter, die Täter oder wie es sich nun herausstellt die Täterin zu kennen. Gerade die professionellen Institutionen wie Fernsehen und Tageszeitungen müssen in ihrer Berichterstattung über die Bücher. Gerne hoffe ich, dass alle linken Politiker, Medien, Leserbriefschreiber aus dieser Hetzkampagne und pauschalen Vorverurteilung gegen eine ganze Bevölkerung ihre Lehre ziehen.

Kurt Koller, Lichtensteig

Kein Unterschied zur SVP?

Wir Schweizer Demokraten hatten in der letzten Zeit Mühe, unsere Stellung zu halten, ganz offensichtlich weil viele unserer Wähler dazu übergehen, SVP zu wählen. Die SVP ist aber eine Partei, die sich klar von uns unterscheidet. Wir sind sozialer und vor allem ökologischer! Zwar ist anerkennenswert, dass SVP und Bundesrat

Christoph Blocher recht erfolgreich wenigstens gegen die schlimmsten Missbräuche im Asylwesen vorgegangen sind. Aber falsche Asylbewerber sind nicht das einzige Problem, unter welchem die Schweiz leidet! Auch der Dauereinwanderung unter anderen Titeln ist der Kampf anzusetzen, denn die Schweiz ist gemessen an ihrer bewohnbaren Fläche schon heute überbevölkert! Hier treibt die SVP eine zwiespältige Politik. Weite Teile der Partei tragen den Kampf gegen die bevölkerungsmässige Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz nicht mit, im Gegenteil: Einflussreiche Exponenten der Partei, zum Beispiel der von den Medien hochgejubelte Thurgauer Nationalrat Peter Spuhler, haben durch ihren Einsatz dafür gesorgt, dass der freie Personenverkehr aus den neuen EU-Staaten am letzten 25. September vom Stimmvolk angenommen wurde! Letztlich ist es einigermassen unwichtig, ob die Schweiz aus Italien, Sri Lanka, der Türkei, dem Kosovo oder Afrika überbevölkert wird! Die kritiklose Befürwortung von Wirtschaftswachstum ist jedenfalls fragwürdig, denn erfahrungsgemäss kann solches ohne den Beizug von immer noch mehr Einwanderern nicht erzeugt werden! Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird so zu seinem Kampf gegen Windmühlen! Die verheerende neoliberale Politik der Globalisierung kann nur durch eine Stärkung der Nationalstaaten, auch der Schweiz, bekämpft werden! Unter diesem Gesichtspunkt wäre es schlimm, wenn die SVP uns aufsaugen würde! An der Überbevölkerung der Schweiz hängen nämlich viele wei-

tere Probleme: neben Arbeitslosigkeit Umweltschutz, Schwund aller natürlichen Ressourcen, Verkehrslawine auf Strasse und Schiene, leere Kassen der öffentlichen Hände, Dumpinglöhne, «working poor» und neue Armut, schlechtere Volksschulen, Schwund von Naherholungsgebieten, Verlust nationaler Identität, Zerfall der

Wehrmotivation, psychische Schwierigkeiten durch Gefühle der Entfremdung und Enge, die u. a. zu mehr Kriminalität und Überlastung der Krankenkassen und IV führen, usw. Kämpfen wir für den Erhalt und Wiederaufstieg der Schweizer Demokraten!

*Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf*

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

**Nicht jammern ...
anders wählen!
Widerstand nützt.**

www.schweizer-demokraten.ch

SD +
Schweizer Demokraten

Kleber-Bestellung

Wir möchten gerne wie folgt Kleber «Nicht jammern – anders wählen!» beziehen:

Menge

(bitte Zutreffendes ankreuzen)

- 50 Kleber (Fr. 10.–)
- 100 Kleber (Fr. 20.–)
- 200 Kleber (Fr. 40.–)
- 500 Kleber (Fr. 100.–)
- 1000 Kleber (Fr. 200.–)
- 2000 Kleber (Fr. 400.–)
- _____ Kleber

Hinweis

Wir liefern in der Reihenfolge der Bestellungen aus, «solange hüt». Nur bei einem grossen «Überhang» an Bestellungen wäre ein Nachdruck möglich, da die Herstellung kleiner Auflagen (unter ca. 15 000 Stück) zu einem höheren Stückpreis erfolgt.

Liefer- und Rechnungsadresse

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

**Bitte so rasch als möglich einsenden an:
Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich**